

Verabschiedung des Haushaltsplans 2005 der Stadt Ettlingen einschließlich Stellenplan

Beschluss: (36:2 Stimmen)

I. Aufgrund der §§ 79 und 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 28. Mai 2003 (GBl. S. 271) wird folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2005 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

| | |
|---|--------------|
| 1. den Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je | 91.034.980 € |
| davon | |
| im Verwaltungshaushalt | 79.937.270 € |
| im Vermögenshaushalt | 11.097.710 € |
| 2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen (Kreditermächtigung) in Höhe von | 2.000.000 € |
| 3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von | 4.300.000 € |

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 6.000.000 €

§ 3

Die Hebesätze für die Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

| | |
|---|-----------|
| 1. Grundsteuer | |
| 1.1 A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe auf | 230 v. H. |
| 1.2 B für alle übrigen Grundstücke auf der Steuermessbeträge | 300 v. H. |
| 2. Gewerbesteuer vom Gewerbeertrag auf der Steuermessbeträge. | 350 v. H. |

§ 4

Der Stellenplan 2005 für die Stadtverwaltung wird als Teil und Anlage des Haushaltsplanes beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden personalrechtlichen Maßnahmen im Rahmen der Zuständigkeiten vorzunehmen.

II. Ferner wird Kenntnis genommen von

- 1. der Finanzplanung für den Planungszeitraum 2004 – 2008**
- 2. dem voraussichtlichen Investitionsprogramm 2004 - 2008**

- - -

Eine Vorberatung findet in der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 25./26.01.2005 statt. Über die Änderungen im Beschlussvorschlag, die sich hieraus ergeben, wird in der heutigen Sitzung informiert. Auf die Erläuterungen zur Sitzung des Verwaltungsausschusses, die allen Mitgliedern des Gemeinderats zugingen, wird hingewiesen.

- - -

Stadtrat Foss:

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben in Ihrer Rede zum Jahresempfang des letzten Jahres und auch in Ihrer Haushaltsrede zu Recht die Stärken der Stadt Ettlingen zur Bewältigung von Zukunftsaufgaben hervorgehoben. Sie haben dabei auch vollkommen richtig auf die bevorzugte Lage unserer Stadt im deutschen und europäischen Großraum hingewiesen, die verbunden ist mit einer hervorragenden Infrastruktur. Etwas stutzig gemacht hat mich aber dann doch Ihr Verweis darauf, dass wir in Ettlingen in einer Region Deutschlands mit einer Fülle an jährlichen Sonnentagen und einem positiv wirkenden Klima leben.

Stutzig gemacht hat mich diese Bemerkung deshalb, weil Sie mich aus dem Munde einer FDP-Politikerin an einen Slogan aus früheren Jahren erinnert hat, dessen Zitierung sich in dieser Zeit, in der die Fastnacht ihrem Höhepunkt zustrebt, bei allem gebotenen Ernst der Haushaltsdiskussion dennoch aufdrängt mit seiner Verheißung: "Wenn am Himmel die liebe Sonne lacht, hat das die FDP gemacht".

Meine Damen und Herren, die diesjährigen Haushaltsplanberatungen unterscheiden sich von denjenigen der vergangenen Jahre dadurch, dass wir es mit einer vollkommen neuen Zusammensetzung des Gemeinderats zu tun haben. Die 30 Jahre der Ära Vetter und Offele waren geprägt von klaren Mehrheitsverhältnissen im Gemeinderat. Die vergangenen zwei Jahre haben angefangen vom Oberbürgermeister bis zum Gemeinderat eine völlige Veränderung der politischen Landschaft mit sich gebracht, auf die sich alle Beteiligten einstellen müssen, weil es der Wähler so gewollt hat.

Viele hat es gefreut, manche haben es bedauert, einige waren verblüfft und der bzw. die eine oder andere ist nicht mehr da; Neue sind hinzugekommen. Die vom Wähler geschaffenen Realitäten sind umwälzend - und nach meinem persönlichen Eindruck gibt es schon eine Reihe von Menschen in der Stadt, die diese Veränderungen bedauern und sich nach den früheren Zeiten zurück sehnen.

Was ist nun vor dem Hintergrund dieser veränderten Verhältnisse der Standpunkt meiner Fraktion zur aktuellen Haushaltslage:

Meine Fraktion ist für die Ausweitung der Angebote zur Kinderbetreuung. Sie hat deshalb die Einrichtungen zur Ganztagesbetreuung an der Pestalozzischule, der Anne Frank-Realschule und dem Albertus-Magnus-Gymnasium mitgetragen trotz der Folgekosten, die auf uns hier wegen zukommen, die aber im Interesse unserer Familien es uns wert sind. Es ist mittlerweile Konsens aller Parteien, dass die Ausweitung der Betreuungsangebote ein wirksames Mittel ist, dem Rücklauf der Geburtenrate zu begegnen. Wir sollten uns hierbei von in letzter Zeit veröffentlichten Ergebnissen von Meinungsumfragen nicht irre machen lassen. Ein Blick in unser Nachbarland Frankreich zeigt uns, dass wir damit auf dem richtigen Weg sind.

Im Jahre 2004 lag die französische Geburtenrate bei 1,9 , wohingegen sie bei uns mit 1,3 weiter rückläufig ist. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schreibt dazu: " Über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird in Frankreich nicht diskutiert, sie wird praktiziert und quer durch alle Schichten und Parteien akzeptiert". 99 % aller Dreijährigen besuchen danach die kostenlosen Ganztagschulen, die sog. ecoles maternelles. Im Landesdurchschnitt werden 40% aller Zweijährigen in den aus Steuergeldern finanzierten Einrichtungen betreut.

Den negativen Trend unserer Geburtenrate können wir nur umkehren, wenn wir die Betreuungsangebote bei uns flächendeckend ausweiten. Die Zukunft unseres Landes liegt in den Händen unserer Kinder. Die Familienpolitik muss daher absolute Priorität haben. Ihr gehört traditionell ein Hauptaugenmerk meiner Partei, der CDU. Ihr haben sich auch die Zielsetzungen meiner Fraktion und meines CDU-Stadtverbandes verschrieben.

Deshalb bringen wir einen Antrag ein, wonach die Stadt Ettlingen den Mensabetrieb an den beiden vorhandenen Schulstandorten übernehmen soll und die Eltern damit von der Gründung eines Trägervereins entbindet. Möglich wird diese Entlastung durch das Einspringen der Hagsfelder Werkstätten, die den Mensabetrieb insbesondere dadurch finanzieren können, dass die Stadt ihnen zum frühest möglichen Zeitpunkt die Reinigungsarbeiten der Mensaräume und der Albgauhalle überträgt. Die Stadt bleibt damit von den Kosten befreit und die Eltern werden entscheidend entlastet; sie übernehmen lediglich in der Zukunft die Betreuung und die Aufsicht der Essensversorgung.

Weil es das Selbstverständnis unserer Partei ist, sich für Kinder und Familien einzusetzen, wird von uns der Antrag des St. Antonius-Kindergartens im Stadtteil Spessart unterstützt, die Kleingruppe noch ein Jahr zu erhalten, um den Kindern eine optimale Betreuung zu bieten. Eine Notlösung mit Erhöhung der Gruppengröße auf ein Maximum können wir im Interesse der Kinder und ihrer Eltern nicht akzeptieren. Für den St. Elisabeth-Kindergarten im Stadtteil Spessart sind auf unseren Antrag im Vermögenshaushalt Investitionsmittel in Höhe von 22.000 € für dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen eingestellt worden.

Meine Fraktion hat dafür gesorgt, dass für das Lehrschwimmbecken der Thiebauthschule 70.000 € in den Verwaltungshaushalt eingestellt wurden für die Sanierung der Lüftungsanlage, damit dieses Lehrschwimmbecken endlich wieder betrieben werden kann. Im Vordergrund steht dabei die Überzeugung, dass Grundschüler nicht ins Algbaubad geschickt werden sollen; deshalb soll das Lehrschwimmbecken der Thiebauthschule erhalten bleiben und repariert werden. Diese Entscheidung halten wir für notwendig vor allem auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Zahl der Nichtschwimmer in unserer Bevölkerung dramatisch ansteigt. Hinzu kommt, dass der Schwimmunterricht nach wie vor zum Lehrplan der Schulen gehört.

Überhaupt ist meine Fraktion der Auffassung, dass die vorhandenen Lehrschwimmbecken nicht einfach nacheinander stillschweigend stillgelegt werden dürfen, indem erforderliche Sanierungsmaßnahmen unterbleiben. Wir fordern deshalb die Vorbereitung einer Beschlussfassung des Gemeinderats über das weitere Schicksal der Lehrschwimmbecken insgesamt, für die die einzelnen Alternativen mit den jeweils hierfür aufzuwendenden Kosten dargestellt werden sollen.

Im vergangenen Jahr hatten wir, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, mit der Mehrheit unserer Fraktion im Vermögenshaushalt den Ausgabenansatz für die Verbesserungen am Schulgebäude des Eichendorff-Gymnasiums um 115.000 € auf 150.000 € aufgestockt. Von diesem Geld wurden bislang nur 35.000 € für den Brandschutz der Turnhallendecke und 45.000 € für den Mensaausbau, zusammen also 80.000 € ausgegeben. 70.000 € sind also noch übrig.

Wir fragen Sie, Frau Oberbürgermeisterin, warum dieses Geld nicht vollständig ausgegeben und der Beschluss nicht vollständig vollzogen wurde, obwohl davon 20.000 € für die Planung der Schulhofsanierung und das restliche Geld für die Sanierung des Dachs des Pavillons und Verbesserungen im naturwissenschaftlichen Bereich dieses Gymnasiums hätten ausgegeben werden können und nach dem vom Gemeinderat für das Jahr 2004 beschlossenen Haushalt auch hätten ausgegeben werden müssen?

In Ihrer Haushaltsrede rühmen Sie sich der von Ihnen vorgeschlagenen Investitionen in Bildung, also in unsere Ettlinger Schulen, obwohl Sie, woran wir Sie erinnern dürfen, unseren Anträgen aus dem Vorjahr, insbesondere auch denjenigen zu der Erhöhung des Haushaltsansatzes für das Eichendorff-Gymnasium im Vermögenshaushalt um 115.000 € vehement mit der Behauptung einer angeblichen Plünderung der Rücklagen entgegen getreten sind und unter anderem deshalb der Verabschiedung des Haushalts Ihre Stimme verweigert haben. Jetzt aber preisen Sie genau diese Investitionsentscheidung, obwohl sie im Rahmen des Vermögenshaushaltes von Ihnen tatsächlich nur zum Teil vollzogen wurde. Diese Situation ist wahrlich paradox.

Meine Fraktion spricht sich ganz entschieden für den Erhalt der Ortschaftsverfassung aus. Ursprünglich als bloße Übergangslösung gedacht im Zuge der Verwaltungsreform in Baden-Württemberg vor über 30 Jahren, haben sich die Ortsverwaltungen als besonders bürgernahe Einrichtungen in hervorragender Weise bewährt. Bemühungen, sie abzuschaffen, erteilen wir eine entschiedene Absage. Das örtliche Eigenleben unserer Stadtteile ist ein gewachsenes, erhaltungswürdiges Gut. Es zu pflegen und zu fördern ist ein wichtiges Ziel unserer Partei und unserer Fraktion. Untrennbar verbunden mit diesem Eigenleben sind auch unsere Stadtteil-Feuerwehren, die es ebenso zu erhalten und zu fördern gilt.

Fast alle in diesem Gemeinderat haben die Notwendigkeit erkannt, das Renommé der Stadt zu festigen und treten deshalb dafür ein, das Marketing der Stadt engagiert zu betreiben. Deutliche Unterschiede in der Akzentuierung sind aber nicht zu verkennen. Sie, sehr geehrter Herr Kollege Lorch von der SPD, sprechen in diesem Zusammenhang ständig von Alleinstellungsmerkmalen, die Sie herausgestellt wissen wollen. Dazu möchte ich Ihnen mit einem Wort Ihres früheren Bundeskanzlers Willy Brandt, durchaus ein Verächter landläufiger Großspurigkeit, zurufen: "Haben Sie es nicht eine Nummer kleiner?" Wir sollten doch bei allem Lokalpatriotismus das rechte Maß nicht aus dem Auge verlieren und keinem Größenwahn anheimfallen. Ich setze dem entgegen, von dem "liebenswerten und unverwechselbaren Charakter" unserer Stadt zu sprechen, den es als Zukunftsaufgabe zu erhalten und zu stärken gilt.

Als einer der großen Aktivposten haben sich in den vergangenen Jahrzehnten unsere Schlossfestspiele entwickelt, ein Pfund, mit dem wir wahrlich wuchern können. Von daher gesehen war es wichtig und richtig, sie nach Überwindung ihrer ersten wirklichen Krise beherzt zu stärken und sie zum einen mit den hierzu erforderlichen finanziellen Mitteln auszustatten und zum anderen ihren Intendanten durch Gewährung eines zweijährigen Vertrauensvorschusses zu ermutigen und zu motivieren. Dieses Gebot der Stunde haben leider nicht alle in unserem Gremium erkannt.

Noch nicht erkannt worden ist in der Öffentlichkeit auch der Sinn des vom Gemeinderat beschlossenen Lichtkonzepts. Ihm ist leider Schaden zugefügt worden durch die nicht ausreichend bedachte, voreilige Umsetzung eines untergeordneten Segments in der Marktpassage. Die Höhe des Aufwands hierfür konnte dem Bürger bisher nicht vermittelt

werden. Meine Fraktion hat deshalb dem Vorhaben in diesem Haushalt Zügel angelegt. Gleichwohl sind wir zuversichtlich, dass das Lichtkonzept eine bessere Akzeptanz erfahren wird, wenn in diesem Jahr erstmals das Rathaus und die Martinskirche einbezogen sein werden.

Die gekonnte und konsequente Verwirklichung des Stadtmarketinggedankens ist nicht zuletzt auch in derart gelungenen kulturellen Veranstaltungsreihen zu sehen, wie der "Schubertiade", die als Kulturereignis besonderer Art schon seit einigen Jahren begeisterte Besucher anlockt. Meine Fraktion ist deshalb der Auffassung, dass der Zuschuss für die "Schubertiade" in diesem Jahr um 10.000 € aufgestockt werden soll, um das rührige Engagement ihrer Veranstalter und Organisatoren zu würdigen.

Auch durch den Leistungssport kann unsere Stadt in besonders geeigneter Weise Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Die CDU-Fraktion setzt sich daher dafür ein, dass auch die Förderung des Spitzensports durch eine Aufstockung der Zuschussgewährung um 10.000 € die gebotene Anerkennung finden sollte.

Manchmal lässt sich Stadtmarketing aber auch mit ganz einfachen, unspektakulären Dingen verwirklichen: Kinderbetreuungseinrichtungen in der Innenstadt am Samstag während der Einkaufszeiten machen das Einkaufserlebnis in Ettlingen erst zum wirklichen Event für viele Familien und Alleinerziehenden. Damit könnten wir mit Sicherheit bei Besuchern und Kunden unserer Stadt punkten. Vom Gewerbeverein schon lange gefordert, bis heute aber nicht verwirklicht, sollten wir uns dieser guten Idee endlich einmal näher annehmen und sehen, wie wir sie in die Tat umsetzen können; meine Fraktion stellt deshalb hierzu den Antrag, der Verwaltung einen entsprechenden Prüfauftrag zu erteilen. Damit könnten wir auch einmal mehr unsere Bemühungen um einen Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten unterstreichen.

Unspektakulär jedoch gleichwohl bedeutsam für die geistige Weiterentwicklung unserer Stadt ist die fällige Drucklegung ihrer Frühgeschichte, der wir zur Verwirklichung verhelfen wollen. Von der Stadtgeschichte liegen bereits fünf Bände vor. Nun soll ein Band Nr. 1 a zur Archäologie Ettlins folgen. Wir sind der Auffassung, dass in den Haushalt dafür im Ergebnis insgesamt 20.000 € eingestellt werden sollten. Sowohl hier als auch im Falle der "Schubertiade" und des Leistungssports beantragen wir daher, die im Verwaltungshaushalt beschlossenen Ansätze um jeweils 5.000 € aufzustocken.

Sie, Frau Oberbürgermeisterin, haben sich die Verbesserung des Stadtmarketings zum Anliegen gemacht. Was aber ist aus der städtischen Internet-Seite geworden? Verglichen mit den Anstrengungen von Städten ähnlicher Größenordnung ist die Attraktivität unseres Auftritts im Internet ein wahres Trauerspiel. Mit Ihren ehrgeizigen Zielen, die Sie verfolgen, ist das, was dort geboten ist, nicht zu vereinbaren, sondern eine "Marketing-Wüste". Wir hoffen, dass sie diesen Missstand schnell beenden werden.

Kern des Stadtmarketing-Gedankens ist es, Besucher von auswärts in die Stadt zu holen, um die Innenstadt zu beleben. Unverändert steht dabei der Gedanke an einen Magneten im Vordergrund. Andere Städte müssen sich einen solchen schaffen, etwa durch den Bau eines architektonischen Juwels. Besinnen wir uns doch auf die Stärken, die wir schon haben. Automatisch richtet sich dabei der Blick dann auf das Schloss. Wir sollten mehr tun, um es aufzuwerten. Es sollte bei unserer künftigen Arbeit noch mehr in den Mittelpunkt rücken.

Zu denken wäre dabei an eine architektonische Aufwertung des Eingangsbereichs, des Foyers, des Treppenhauses und eines Teils der Versammlungssäle. Freilich können wir dabei keine Alleingänge brauchen, wie sie sie mit der Verlegung des Trauzimmers unternommen wurden. Vielmehr ist auch hier die gemeinsame Erarbeitung eines Gesamtkonzepts das Gebot.

Zum Zweck der Erstellung eines solchen Gesamtkonzepts richten wir einen Prüfauftrag an die Verwaltung. Außerdem beantragen wir in den Vermögenshaushalt eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 100.000 € einzustellen, damit noch in diesem Jahr aufbauend auf dem zu erstellenden Konzept die weiteren Maßnahmen auf den Weg gebracht werden können.

Dem gegenüber haben Sie, Frau Oberbürgermeisterin, das Rathaus in den Vordergrund der Betrachtungen gerückt. Die Unterbringung der Stadtinformation dort ist aber nicht der Anschlag, den wir zur Attraktivitätssteigerung brauchen. Die Stadtinformation kann nur *Hilfsmittel* des Stadtmarketings, nicht aber die Attraktion selbst sein. Deshalb haben wir uns Ihren verfrühten Haushaltsansätzen zum Rathausumbau widersetzt. Der Gemeinderat hatte Ihnen hierfür eine Gesamtkonzeption in Auftrag gegeben. Erst wenn diese vorliegt, können gegebenenfalls weitere Mittel bewilligt werden. Dabei sind auch zuvor die Aufgaben der Verwaltung zu klären, wie sie sich aus der Strukturreform ergeben, auf deren Ergebnisse wir ebenfalls noch warten. Dass einige Räume jetzt leer stehen, rechtfertigt allein den Umbau noch nicht; es ist zunächst zu klären, für welche Menschen und Aufgaben sie benötigt werden.

Die CDU-Fraktion hat sich nachdrücklich dafür eingesetzt, dass für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses in diesem Jahr wenigstens eine Planungsrate in Höhe von 100.000 € im Vermögenshaushalt eingestellt wird, nachdem andere im Gemeinderat den im Entwurf vorgesehenen Ansatz vollständig streichen wollen. Wir sind der Auffassung, dass das vom Gemeinderat im März 2004 in Auftrag gegebene optimierte Raumprogramm für einen Neubau an einem anderen Standort sowie das im Oktober 2004 beschlossene Gesamtkonzept für die Feuerwehr alsbald vorgelegt werden müssen, damit möglichst noch in diesem Jahr Entscheidungen über den endgültigen Standort der Feuerwehr herbeigeführt werden können.

Nun ist es also wieder nichts geworden mit dem Sparhaushalt. Es konnte ja auch nichts daraus werden, weil die Rathausspitze ihre Hausaufgaben nicht gemacht hat. Es genügt eben nicht, Frau Oberbürgermeisterin, einfach dem Gemeinderat die Verantwortung zuzuschieben und ihn aufzufordern, die freiwilligen Leistungen der Stadt zu kürzen oder gar zu streichen. Vielmehr ist es Ihre Aufgabe mit den Möglichkeiten Ihrer fachkundigen Verwaltung hierzu Alternativvorschläge auszuarbeiten. Das kann man von Ihnen in der Führungsrolle als Oberbürgermeisterin, in die sie von der Ettlinger Bevölkerung gewählt wurden, erwarten.

Solche Vorschläge sind von Ihnen aber ausgeblieben. Es war deshalb vorherzusehen, dass es bei den Haushaltsberatungen zu keinen nennenswerten Kürzungen und Streichungen gekommen ist. Die maßvollen Gebührenerhöhungen im Bereich der Musikschule und der Volkshochschule, die der Verwaltungsausschuss beschlossen hat, um die Verschlechterung ihres Kostendeckungsgrades wenigstens zum Teil aufzufangen, kann man ernsthaft nicht dazu rechnen.

Unseren Antrag auf Kürzung der Ausgaben für die Ausbildung und Fortbildung der Verwaltungsangehörigen um 10.000 € von 50.000 € auf 40.000 € hat die Mehrheit hier im Hause abgelehnt. Offenbar war man mit der Oberbürgermeisterin der Auffassung, daß die Befassung unserer Verwaltungsangehörigen mit den Fragen der richtigen Farbgestaltung und den Stilfragen auch weiterhin unentbehrlich ist.

Wenn es demnach vor dem Hintergrund des anstehenden Sanierungsbedarfs, wie Sie ihn in Ihrer Haushaltsrede dargelegt haben, zu entscheidenden Einschnitten in den Bereich der freiwilligen Aufgaben kommen soll, wird es unerlässlich sein, uns mit Ihren Vorschlägen bereits im Laufe des Jahres rechtzeitig zu befassen, so dass ausreichend Zeit und Gelegenheit besteht, die gegebenenfalls nötigen Entscheidungen vorzubereiten. Die ultimative Aufforderung an den Gemeinderat zu Kürzungen und Streichungen in der Haushaltsrede, ohne ihm dazu die erforderlichen Entscheidungsgrundlagen zu liefern, ist für den Gemeinderat nicht hinnehmbar. Sie ist auch, wie Sie gesehen haben, nicht zielführend.

Tatsächlich konnte allerdings im Haushaltsjahr 2003 die ursprünglich eingeplante Negativzuführung aus dem Vermögenshaushalt doch noch in eine gesetzlich vorgeschriebene Zuführung zum Vermögenshaushalt gewandelt werden. Hierdurch konnte im Vermögenshaushalt auf die ursprünglich vorgesehene Darlehensaufnahme verzichtet werden. Tatsächlich ist es auch so, dass für das Haushaltsjahr 2004 aufgrund von Gewerbesteuermehreinnahmen sogar mit einer höheren Zuführung an den Vermögenshaushalt als geplant gerechnet und voraussichtlich auf Darlehensaufnahmen verzichtet werden kann, so dass die Rücklagen erhöht werden können - und das alles, obwohl der Verkaufserlös für die Veräußerung des "Kleinen Exer" im vergangenen Haushaltsjahr unwider Erwarten nicht zugeflossen ist!

Die Realisierung des dortigen Projekts muss kommen und sie wird kommen, wie wir aus jüngsten Presseberichten wissen. Deshalb sind nicht zuletzt auf Drängen meiner Fraktion im Vermögenshaushalt bei den Einnahmen aus Veräußerungserlösen von Grundstücken die dafür erwarteten 5 Millionen eingestellt worden, die im Haushaltsplanentwurf noch nicht enthalten waren. Hierdurch wird sich die vorgesehene Kreditaufnahme von 4,3 Mio. auf 2 Mio. die Entnahme aus Rücklagen von 4,8 Mio. auf nur noch 1,5 Mio. und die Zuführungsrate vom Vermögenshaushalt von ursprünglich 2,2 Mio. auf jetzt 1,8 Mio. verringern. Diese positiven Änderungen sind auch dadurch bewirkt worden, dass zwischenzeitlich mit Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer von 1 Mio. € gerechnet werden kann.

Es bleibt jedoch die Tatsache einer negativen Zuführungsrate, also einer Zuführung vom Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt, was signalisiert, dass wir von der Substanz zehren. Diese Negativzuführung muss die Ausnahme bleiben, weil wir sonst von der Genehmigungsbehörde mit der Forderung nach Erhöhung der Hebesätze unserer Gemeindesteuern konfrontiert werden dürften. Und darüber sind wir uns doch alle einig, nämlich dass die Hebesätze unverändert bleiben, insbesondere im Interesse der Erhaltung der Attraktivität unserer Stadt als Wirtschaftsstandort und Wohnort. Daran wollen auch wir festhalten.

Nach der mittelfristigen Finanzplanung für den Zeitraum 2004 bis 2008 sind aber bereits für die Jahre 2007 und 2008 wieder positive Zuführungsraten vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt ausgewiesen und das bei konservativer Schätzung der erwarteten Steuereinnahmen, für die wir bei der Gewerbesteuer bereits für das zu verabschiedende Haushaltsjahr 2005 jetzt 1 Mio. € mehr eingestellt haben. Schon der ursprünglich im Haushaltsplan enthaltene Ansatz von 19 Mio. Euro Gewerbesteuereinnahmen entsprach einer Steigerung um 15 % zum Vorjahr.

Die gesamtwirtschaftlichen Indikatoren stehen auf Aufschwung - zwar nicht auf starken Aufschwung, sie sind aber zum ersten Mal wieder seit mehreren Jahren eindeutig nach oben gerichtet mit einem Wirtschaftswachstum von 1,8% gegenüber einer Stagnation in den Jahren davor. Diese Tendenz spüren wir auch in den angestiegenen Steuereinnahmen. Hat freilich die Bundesregierung beileibe noch nicht alle ihre Hausaufgaben gemacht, kommt unserem Land ein Wiederanstieg des Weltwirtschaftswachstums zur Hilfe, das das gegenwärtige Umfeld durchaus optimistisch prägt. Diesen Optimismus sollten wir aufgreifen und die aufgehellte Stimmung nicht unnötig konterkarieren mit einer gänzlich unangebrachten Politik des Jammerns und des Verzagens.

Dazu gehört auch die immer wieder zu vernehmende Dramatisierung unseres Schuldenstandes. Mit ihrer Pro-Kopf-Verschuldung von 91 € zum Jahresende 2004 steht unsere Stadt im Vergleich zu anderen Städten unserer Größenordnung, die im Schnitt 485 € je Einwohner haben, ganz hervorragend da. Diese Pro-Kopf-Verschuldung würde durch die im jetzigen Haushalt vorgesehene Kreditaufnahme von 2 Mio € auf lediglich 120 € pro Einwohner ansteigen, sofern wir im Rahmen des Haushaltsverzuges tatsächlich auf diese Kreditaufnahme angewiesen sein sollten.

Der Kommunalwirtschaftswissenschaftler Klaus Notheis hat ausgerechnet, dass nach betriebswirtschaftlichen Maßstäben die Eigenkapitalquote der Stadt Ettlingen rund 60% beträgt. Die solide geführten und finanzierten Baugenossenschaften unserer Stadt, die Alba und die Baugemeinschaft, verfügen über eine Eigenkapitalquote von über 30%, die als hervorragend gilt. Die entsprechende Quote der Stadt Ettlingen liegt bei dem Doppelten. Man möge also bei der Diskussion um die Schulden der Stadt "die Kirche im Dorf lassen", insbesondere angesichts der derzeit nach wie vor historisch einmalig günstigen Kreditkonditionen, die einen "treusorgenden Hausvater" bei voraussehbarem Kreditbedarf sogar dazu veranlassen würden, vorsorglich für die Zeiten Geld aufzunehmen, in denen die Zinsen wieder beträchtlich höher liegen. Nicht zuletzt ist es auch ein Verdienst der politisch Verantwortlichen meiner Partei in der Ära Offele, dass die Stadt heute trotz der Stürme, die in der Folge des Flowtex-Skandals, über sie hinweggefegt sind, nach wie vor so gut dasteht, dass sie es sich noch leisten kann, die Gemeindesteuern nicht zu erhöhen.

Ohnehin werden Kredite nur für Zukunftsinvestitionen der Stadt aufgenommen. Das ist auch gar nicht anders möglich, weil es gesetzlich so vorgeschrieben ist. Diese Investitionen sind auch deshalb sinnvoll, weil wir damit Handwerk und Gewerbe stützen und so zum wirtschaftlichen Aufschwung beitragen.

Der langjährige Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel Prof. Herbert Giersch hat kürzlich in einem Zeitungs-Interview auf die Frage, ob es gerechtfertigt ist, künftige Generationen mit Schulden zu belasten, unter Hinweis auf das mit Krediten finanzierte Wirtschaftswunder nach dem Krieg geantwortet, dass es gerechtfertigt war und ist, wenn Investitionen, die in der Zukunft künftigen Generationen zugute kommen, mit Krediten finanziert werden, die auch von diesen zurückbezahlt werden. Lediglich die Belastung künftiger Generationen mit Schulden aus dem Konsum von heute ist verwerflich und von Übel. Von einem solchen Gebaren sind wir aber in unserer Stadt weit entfernt.

Vor dem Hintergrund dieser Erwägungen kann meine Fraktion dem jetzt vorliegenden Haushalt zustimmen, auch wenn von der Verwaltung wiederum kein Sparhaushalt vorgelegt wurde und daher bei uns ein deutliches Unbehagen verbleibt.

Mit einem herzlichen Dank an den Kämmerer Dieter Becker für die von ihm und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geleistete Arbeit möchte ich meine Ausführungen beenden. Frau Oberbürgermeisterin, die CDU-Fraktion stimmt mit der Maßgabe der oben von mir gestellten ergänzenden Anträge dem Haushalt der Stadt Ettlingen und dem Haushalt der Vereinigten Stiftungen sowie dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Abwasserbeseitigung für das Jahr 2005 zu.

Stadtrat Worms:

Wenn unsere Fraktion heute die Verabschiedung des Haushaltes 2005 empfiehlt, tun wir dies mit sehr gemischten Gefühlen.

Wir sind uns zum einen sicher, dass der vorliegende Haushaltsentwurf ein Kompromiss ist zwischen dem Wünschenswerten und dem Machbaren. Auf der anderen Seite ist es für uns beunruhigend, dass unsere Ausgaben eine neue Rekordhöhe erreichen und wir mehr ausgeben als wir einnehmen.

Im Verwaltungshaushalt, also im dem Teil des Haushaltes, in dem wir alle laufenden Einnahmen und Ausgaben buchen und der sich nicht auf Investitionen bezieht, geben wir über 1,8 Mio. € mehr aus als wir einnehmen. **Das ist das falscheste Signal dieses Haushaltes.**

Insgesamt müssen wir 2,5 Mio. € Kredite aufnehmen und 2,0 Mio. € aus unseren Rücklagen entnehmen, um unsere Ausgaben bezahlen zu können. Dies alles, obwohl wir bei den Einnahmen einen einmaligen und außerordentlichen Mittelzufluss von 5 Mio. € aus dem Verkauf des Exer erwarten. Mit über 92 Mio. € erreichen wir ein Rekord-Haushaltsvolumen!

Es bedarf keiner hellseherischen Fähigkeiten, um zu erkennen, dass wir so nicht weiter wirtschaften können. Zwar haben wir Mehrausgaben von ca. 3,2 Mio. € nicht selbst verursacht.

Sie rühren aus der Erhöhung der Kreisumlage, der Gewerbesteuerumlage und der Umlage nach dem FAG her.

Gleichzeitig haben wir auch noch 1,8 Mio. € aus dem Finanzausgleich weniger bekommen. Nichts desto trotz müssen wir wie jeder Privatmann die Schulden, die wir aufnehmen, auch zurückbezahlen. Diese Mittel, die wir für Zins und Tilgung aufwenden müssen, stehen uns für andere wichtige Aufgaben nicht mehr zur Verfügung. Allein die neu für 2005 geplanten Schulden werden uns in den nächsten Jahren mit über 100.000 € jährlich an Zinsen belasten.

Obwohl einige Fraktionen schon bei der Einbringung des Haushaltes durch die Oberbürgermeisterin mit starken Worten den vorgelegten Haushalt kritisiert haben, ist es dem gesamten Gemeinderat nicht gelungen, so zu sparen, dass die Einnahmen ausreichen, um die Ausgaben zu decken. Die Anträge gingen zu oft in Richtung „draufsatteln“. Jede Fraktion/Gruppierung wollte mehr Geld ausgeben, um ihr Klientel zu befriedigen. Das bringt uns in so schwierigen wirtschaftlichen Zeiten aber nicht weiter. Nötig wäre, bei den Verbrauchsausgaben zu sparen und Investitionen zu tätigen. Aber im Gegenteil: Die Ausgaben im Verwaltungshaushalt wurden sogar erhöht!

Weiter kommt hinzu, dass die Ausgaben unserer Stadt durch frühere Beschlüsse des Gemeinderates so festgeschrieben sind, dass sie heute gar nicht mehr geändert werden können.

Dazu möchte ich 2 Beispiele nennen:

Für die Miete unseres „roten Rathauses“ (Albarkaden) sind im Haushalt des laufenden Jahres 260.000 € Ausgaben vorgesehen. Da der Vertrag noch über viele Jahre läuft, ist an dieser Ausgabe nichts zu ändern. Hier hat der Gemeinderat keine Entscheidungsspielräume mehr.

Ein weiteres Beispiel sind die Schlossfestspiele. Eine Mehrheit von **CDU und SPD** hat in diesem Gemeinderat bereits im September des vergangenen Jahres einen Rekordzuschuss von 700.000 € für die Schlossfestspielsaison 2005 bewilligt. Wir haben bereits damals davor gewarnt, mit den kommunalen Mitteln zu großzügig umzugehen. Jetzt noch den Betrag zu reduzieren wäre aber unseriös, da der Spielplan bereits feststeht und der Kartenvorverkauf läuft. Die Folge aber steht auch fest: Wir müssen den Zuschuss letztlich auf Kredit finanzieren.

Wir von FE fordern daher ein Umdenken bei den Verwendung unserer knappen Mittel.

Nicht starke Haushaltsreden mit wechselseitiger Schuldzuweisung, sondern kostenbewusstes Denken und Handeln im Vorfeld sind gefragt. So stehen für die FE-Fraktion denn auch die Aufgaben, die sich für die Verwaltung und den Gemeinderat aus dem vorgelegten Haushalt ergeben, im Mittelpunkt der Überlegungen.

Und falls die Zahlen zum Schluss des Jahres 2005 besser ausfallen, und wir Geld übrig haben, dürfen wir nicht außer acht lassen, dass wir beim Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung Bankverbindlichkeiten von 31,5 Mio. haben, die uns jährlich ca. 1,4 Mio. Zinsen kosten. Auch diesen Brocken müssen wir angehen und mit allen Mitteln versuchen, die Bankschulden zu reduzieren, dies kann sicherlich nicht allein durch Gebührenerhöhung erfolgen.

Wir haben in den vergangenen Wochen in unserer Stadt oft gehört, dass unsere Bürgerrinnen und Bürger sich darauf einstellen müssen, dass die Verwaltung so genannte „freiwillige Leistungen“ einstellen muss. Konkrete Angaben, um welche Angebote es sich dabei handeln soll, wurden jedoch nicht gemacht.

Wir von FE sind nicht der Auffassung, dass unsere Stadt wesentliche Leistungen einstellen muss. Um kulturelle Einrichtungen unserer Stadt, wie die Musikschule, die Volkshochschule, das Museum, die Stadtbibliothek zu erhalten, müssen wir jedoch sicherstellen, dass der Zuschussbedarf nicht jedes Jahr wächst. Dies ist möglich, wenn wir auf der Ausgabeseite den Etat klar begrenzen und auf der Einnahmenseite dementsprechend die Gebühren maßvoll und sozialverträglich anpassen. Dazu müssen die Gebührensatzungen überprüft und regelmäßig angepasst werden:

- Wir brauchen flexiblere Regelungen bei der Investitionsförderung für die Kirchen und Vereine und
- Wir müssen eine dauerhafte und bezahlbare Lösung für unsere Schlossfestspiele finden: **700.000 € Zuschuss jährlich sind zuviel.**

Die Strukturkommission muss endlich ihre Arbeit aufnehmen, um langfristig die Effizienz der Verwaltung zu steigern und gleichzeitig die Kosten zu senken. Wir sind der Meinung, dass sich die Personalkosten in den nächsten Jahren um 2% jährlich reduzieren lassen. Dafür ist eine vorausschauende Personal- und Stellenplanung erforderlich, die die Spielräume für Einsparungen auslotet. Es sollte keinen Automatismus dahingehend geben, dass alle Zeitverträge in Dauerarbeitsverträge überführt werden. Der Stellenplan muss restriktiv gehandhabt werden. Wir erwarten darüber hinaus eine angemessene Reduzierung der Zahl der Stellen in den nächsten Jahren.

FE beantragt daher künftig:

1. Die Überführung der jetzt auslaufenden Zeitverträge in Dauerarbeitsverträge ist im Gemeinderat im Einzelfall zu beraten. Ein Automatismus muss ausgeschlossen sein.
2. Die sächlichen Ausgaben im Haushalt sind um 5 Prozent zu kürzen. FE ist überzeugt, dass auch für kommende Jahre noch weiteres Einsparpotenzial besteht.
3. Die Stadt soll sich von solchen Immobilien trennen, die nicht zur Erfüllung städtischer Aufgaben erforderlich sind und Kosten verursachen. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Liste aller in Frage kommender Immobilien zu erstellen und die Kosten-/Ertragssituation zu nennen.

Nun zu einem erfreulicheren Thema: FE begrüßt ausdrücklich, dass ein Schwerpunkt des diesjährigen Haushaltes auf der Mittelbereitstellung für die Bildung liegt. So erhalten die Anne-Frank-Realschule und das AMG erhebliche Mittel im Rahmen des Ausbaus zur Ganztageschule. Auch die übrigen Schulen erhalten erhebliche Mittel. Damit werden wir der Verantwortung gegenüber unseren Kindern gerecht und bauen den Schulstandort Ettlingen weiter dauerhaft aus.

Nicht gelungen ist es, für die Kleinkinderbetreuung eine Erhöhung der Mittel zu erreichen. Unser scheidender Bürgermeister, Herr Raab, hat in einem Presseinterview zu Recht darauf hingewiesen, dass es hier noch viel zu tun gibt.

Bevor wir den Zuschuss in diesem Bereich erhöhen, müssen jedoch Konzeptionen und Planungen vorgelegt werden, welcher Bedarf tatsächlich besteht und wie die Betreuung der Kleinkinder optimiert werden kann.

Im Vergleich zu früheren Jahren, nehmen die Mittel für Stadtmarketing und Öffentlichkeitsarbeit einen hohen Stellenwert im Haushalt ein; 150.000 € sind hier eingesetzt, weitere 90.000 Euro plant unsere Stadt für Messebeteiligungen auszugeben. Wir werden den Effekten, die mit diesen Mitteln erzielt werden, unsere kritische Aufmerksamkeit widmen. In Anbetracht der Höhe dieser Aufwendungen erwartet FE auch konkrete Ergebnisse. Insbesondere dahin gehend, die Einnahmensituation der Stadt zu verbessern.

Zum Schluss möchte ich zur Arbeit im Gemeinderat noch etwas sagen:

Bei über 100 Anträgen der Gemeinderäte zum Haushalt könnte man den Eindruck haben, den Antragstellern ginge es mehr um die Quantität als die Qualität. Trotzdem wurde deutlich, dass jedes Mitglied des Gemeinderats sich intensiv mit dem Haushalt beschäftigt hat.

Unseres Erachtens beginnt es sich auszuzahlen, dass keine Gruppe im Gemeinderat mehr ohne Hilfe anderer ihre Ziele durchsetzen kann. Jeder muss seinen Vorschlag auch für andere konsensfähig machen und diese überzeugen. Unter diesen Voraussetzungen sind wir optimistisch, dass dieser Gemeinderat auch die zukünftigen Aufgaben im Interesse unserer Stadt bewältigen wird.

Jetzt gilt es, diese Aufgaben rasch anzugehen. Dazu ist ein erster wichtiger Schritt, dass die Strukturkommission schnellstmöglich ihre Arbeit aufnimmt.

Stadtrat Lorch:

Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren!

„Beim Geld hört die Gemütlichkeit auf“, sagte einst ein Sprecher im Preußischen Landtag. Stimmt! Alljährlich fliegen uns im rund 500-seitigen Etatentwurf des Gemeindehaushaltes die Zahlen um die Ohren. Treffend lässt sich da aus Goethes Faust zitieren: „Sucht nur die Menschen zu verwirren, sie zu befriedigen ist schwer.“ Und in der Tat, der allseitigen Wünsche und Anforderungen sind genug, sie zu befriedigen ist schwer, denn genug ist nicht des Geldes Menge. Das hatte auch der Bühnendichter Nestroy im Blick, als er schrieb: „Die Phönizier haben das Geld erfunden, aber warum so wenig?“

Formulierte vor kurzem einer in der Diskussion um die Umsetzung der Toll-Collect-Maut: „Die Verkehrslenkung ist eine der großen Zukunftsaufgaben.“ Fürwahr, das können wir auch auf den Haushalt übertragen: Die Zahlenlenkung im Etat der Stadt ist eine der großen Zukunftsaufgaben. Dass wir hier in den vergangenen Jahren nicht auf falschem Wege waren, zeigen einerseits die jeweiligen Jahresbilanzen, zeigt aber auch das 2002 an Ettligen nach unterschiedlichen Indikatoren in Berlin verliehene Zertifikat „Zukunftsfähige Stadt“. Der vorliegende Allgemeine Haushalt, aufbereitet in der Brutstätte des 17 Stunden tagenden Verwaltungsausschusses, nachjustiert in der heutigen Gemeinderatssitzung, besteht bekanntermaßen aus einem 2-Kreis-System, wobei beide Teile in einem Gesamtpaket miteinander verkabelt sind.

Drehkreis I: Verwaltungshaushalt

In diesem Drehkreis offenbaren sich einerseits in neun Segmenten mit einem Finanzvolumen von 80,1 Mio. € das Ausgabespektrum kommunaler Selbstverwaltung, aber besonders signifikant und in der Dimension immer mehr anschwellend, die vorgegebenen staatlichen Pflichtaufgaben. Natürlich spiegelt sich in den 80,1 Mio. auch die beachtliche Bandbreite der freiwillig übernommenen bzw. zumindest substantiell unterstützten gesellschaftspolitischen Zielfelder des Gemeindelebens, die ohne den monetären Zufluss seitens des städtischen Etats gar nicht existent wären oder aber ob der mangelnden Bezuschussung in ihrem Wirkungsradius deutlich eingeschränkt würden. Gerade in diesem Beziehungsrahmen sind die Vereinsförderung und die Stadtbibliothek genauso untergebracht wie die Schlossfestspiele, die Schülerhorte, das Jugendzentrum und vieles, vieles mehr. Unter anderem hier werden immer wieder Fingerzeige auf große Einsparpotenziale gegeben. Aber Vorsicht ist geboten! Sieht der eine die Lösung in einer Konzentration von Verwaltungsaufgaben, in einer Verschlinkung durch strukturelle Reformen mit Effizienzrendite, spricht der andere von einer durchgreifenden Reduzierung der Freiwilligkeitsleistungen, um die Zukunftsfähigkeit der Kommune für die nächsten Generationen zu sichern. Das sind Gedankengänge auch vor dem Hintergrund, dass 2005 über 500 der 1111 Gemeinden in Baden-Württemberg den Ausgleich ihrer Haushalte

nicht mehr schaffen, zumal auch das Land den kommunalen Finanzausgleich um 500 Mio. € kürzte und die Kreisumlagen weiter nach oben gesetzt werden, Ettlingen 2005 mit 1,1 Mio. € mehr betreffend.

Es ist eine ständig wachsende Hypothek der übergeordneten Entscheidungsträger, die immer mehr Lasten auf die Kommunen abwerfen. Bund, Land und Kreis geben den Finanzierungsdruck oft einfach nach unten weiter. Den Letzten beißen dann die Hunde. Der Kreis erhöht massiv die Umlage, das Land zieht sich aus Leistungsaufgaben zurück, was auf den Einnahmeseiten unseres Etats nachzulesen ist. Gerade die Zuschüsse für die wichtigen Schulsozialarbeiter sollen ab 2006 ganz gestrichen werden. Aber Fortschritt soll möglich sein! Wir könnten die Lasten an die Bürgerschaft und die Wirtschaft weitergeben per Gebühren- oder Steuererhöhungen (Grundsteuer/Gewerbesteuer), aber wir tun es ausdrücklich in diesem Haushalt nicht. Das soll aber auch in der Öffentlichkeit registriert werden.

Wer aber nun mit der Schwere konkreter Sparmaßnahmen des Weges kommt, begibt sich partiell immer ins Feuer des Widerstandes einer Seite. Dennoch, Strukturreform als Herausforderung ist angesagt, die Kommission gebildet, Flickschusterei sollte dabei nicht herauskommen. Problemfelder bedürfen einer operativen Wurzelbehandlung. Verschiebungen im administrativen Koordinationssystem sind möglich.

In welchen Feldbereichen aber sollen wir bei den Einsparungen beginnen? Vielleicht hülfe es im Kleinen, wenn wir bei uns selbst begännen. Damit blättere ich der neun Segmente erstes auf, verweisend auf Seite 98. Wir wagen zum dritten Male den Antrag auf eine 10%-ige Reduzierung der ehrenamtlichen Aufwandsentschädigungen für Gemeinderäte, Ortschaftsräte und Ortsvorsteher, nun im Jahr eins nach der Kommunalwahl. Dies heben wir besonders hervor, um den Vorwurf sogleich zu entkräften, politisch zu argumentieren. Wir dachten, der Gemeinderat könnte ein Aufhorchen machendes Zeichen setzen und die einzusparenden Mittel -es wären 27.840,- €- binden an notwendige, soziale, bildungspolitische oder kulturelle Vorhaben. Noch ist die Chance da. Zur Abstimmung darüber kommen wir später.

Schauen wir auf der gleichen Seite weiter ins Ausgabenfeld, so fallen die auf 60.000,- € fixierten Mittel für die neun Gemeindeparterschaften Ettlins ins Auge. Gut angelegt, meinen wir, beleben sie doch in einer sich immer mehr vernetzenden Welt die Außenbeziehungen unserer Stadt, zumal in einem Jahr, in dem mehrere Jubiläen anfallen und Menfi in Sizilien zur Freude unserer italienischen Mitbürger als Partnergemeinde hinzugekommen ist. Auch dass wir 2005 den Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober mit dem 15-jährigen Bestehen der Partnerschaft mit Löbau zusammenlegen können, hat seinen eigenen Stellenwert.

Im Etatkonvolut weiter geblättert, reihen sich in den nächsten drei Segmenten die Themen Schule, Kultur und Sport sowie Soziales aneinander, wichtige Nährböden für das Innenleben unserer Gemeinde. Hier liegen die starken Wurzeln bürgerschaftlichen Zusammenlebens. Hier auch könnte das noch zu definierende Leitbild unserer Stadt angesiedelt werden, nämlich z. B. die „Soziale Stadt“, einschließend Bildung, Kultur, Sport, Wohnen und Arbeiten.

Auf 15 Seiten begegnen uns 13 Schulen in städtischer Trägerschaft mit einem Ausgabevolumen von 4,5 Mio. €. Die Einnahmen in Form der Sachkostenbeiträge des Landes abgezogen, leistet der Haushalt einen Zuschuss von 1,2 Mio. €, auf eben diesen Betrag seit 2003 um 446.000,- € gesteigert. Das ist voll gerechtfertigt, investieren wir dabei doch Kapital in die Köpfe derer, die unsere Welt von morgen tragen.

Wie sagte der scheidende Bürgermeister Werner Raab bei der Einführung meines Nachfolgers an der Anne-Frank-Realschule: „Die Schulen sind ein lebendiges Stück Ettlingen.“ Und ein Wort des ehemaligen Oberbürgermeisters Dr. Vetter nachgereicht, lautet: „Eine gute Schulausbildung ist das Wichtigste, was eine Gemeinde leisten kann.“

Erfreulich, dass wir mit der ab September 2004 gestarteten Ganztageshauptschule an der Pestalozzischule rasch an Fahrt gewinnen, nicht nur unterrichtsbetrieblich, sondern auch bauseits mit einem im Vermögensetat angesetzten Volumen von 1,25 Mio. €, zu 90 % von der oftmals so gescholtenen Bundesregierung finanziert. Ob der neu eingeführten Bildungspläne – als Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik gepriesen – mit den veränderten Lehrplänen, den neuen Fächerverbänden und bedingt durch den Umsprung vom 9-jährigen zum 8-jährigen Gymnasium, wollte die SPD einen zusätzlichen Aufschlag pro Schüler von 3,- €. Das hätte bei 5.278 Schülern 15.834,- € mehr bedeutet. Wir kamen aber damit im Ausschuss nicht zum Zuge. Das Land, das die Bildungsreform in Szene setzte, verkündete – die Folgen betreffend – die Reform sei kostenneutral. Weit gefehlt. Die Schulträger haben es nun zu optimieren.

Ein anderes Problem bedarf noch der Lösung: das Thema Mensa. In Fahrt gesetzt im Schulzentrum und im Eichendorff-Gymnasium ist der Mensa-Betrieb gut angenommen. Die Elternschaft, die schon bereit ist, die Aufsicht und Betreuung mit zu übernehmen, sollte aber finanzieller Risiken enthoben werden. Deshalb hat die SPD einen diesbezüglichen Vorschlag des Gesamtelternbeirates zum Antrag erhoben, der die Bereitschaft der HWK, sich zu engagieren, mit berücksichtigt. Er wird im Anschluss zur Beschlussfassung vorgelegt.

Nach ein schulisches Wirkungsfeld: Wir kämpften aus pädagogischen, sport- und gesundheitspolitischen Gründen für die Reaktivierung des Lehrschwimmbeckens der Thiebauthschule. Die Wiederinbetriebnahme kommt.

Zur „Sozialen Stadt“ gehört auch eine breite Palette an vereinlichem Kultur- und Sportangebot. Und genau das steht in Ettlingen mit diesem Etat und einem Betrag von 1,5 Mio. € in der Gunst öffentlicher Bezuschussung. Das bedeutet – auf die Einwohner umgerechnet – einen Zuschuss von 51,- € pro Ettlinger für diese Kultur- und Sportaktivitäten.

Der 1,5 Mio. €-Betrag in diesem Zielfeld ist zwar eine Freiwilligkeitsleistungen des Haushalts, bedeutet aber kreative Lebensmitgestaltung und garantiert den kräftigen Pulsschlag des Gemeinschaftslebens in unserer Stadt, ist zugleich auch Prophylaxe und sinnvolle Freizeitfüllung. Freilich, das Geld allein ist es nicht. Entscheidend ist der uneigennützige, vieltausendfach übers Jahr erbrachte Einsatz in Vereinen, Verbänden, Parteien und anderen Organisationen. Sagte Altbundespräsident Johannes Rau: „Wir leben von einem Stück darüber hinaus, von dem, was Menschen zusätzlich zu ihrem Vorgeschiedenen erbringen.“ Dass die städtischen kulturellen Einrichtungen von der Musikschule bis zur Stadtbibliothek, vom Museum bis zum Stadtarchiv und zur Volkshochschule durch ein hochkarätiges Veranstaltungsprogramm des Kulturamtes im Jahreskreislauf ergänzt werden, gilt es hervorzuheben und dafür auch zu danken.

In diesem Kontext verweisen wir auch auf in unserer Stadt angesiedelte hochqualifizierte, besonders kulturelle Einrichtungen wie die Wilhelmshöhe, der Internationale Klavierwettbewerb für junge Pianisten, die Schubertiade sowie auf sportliche Hochleistungen, allemal zum Reputationsgewinn für Ettlingen. Hier wollen wir über den jetzigen Ansatz hinaus noch einen Zuschuss von 5.000,- € für die Schubertiade und 5.000,- € für sportliche Spitzenleistungen.

Die Schlossfestspiele, sie mögen die mit den 709.000,- € Zuschuss verbundenen Erwartungen erfüllen. Zur Kultur gehört auch die Kultur des Erinnerns, gehört die Geschichte einer Stadt. Können wir nicht stolz sein, 2.000 Jahre belegte Geschichte zu haben?

Erfreut registrieren wir, dass der noch ausstehende Fundamentalband zur Stadtgeschichte endlich druckreif vorliegt, betreffend die Frühzeit und besonders die römische Epoche Ettlögens. Wir beantragen hier zur Finanzierung die Erhöhung des Ansatzes von 1.500,- € auf 20.000m- €.

In diesem Jahr jährt sich um 60. Male das Ende des zweiten Weltkrieges. Vorbereitungen zum Gedenken laufen. Über 600 Ettlinger sind dem Wahnsinn dieses Krieges zum Opfer gefallen, die heutigen Stadtteile nicht eingeschlossen. Die Namen erhalten per Eingravierung an einer in Arbeit befindlichen Gedenkstätte auf dem Friedhof ihre Würdigung.

60 Jahre sind es auch her, da das KZ Auschwitz befreit wurde: 27. Januar 1945 Mindestens 7 der aus Ettlingen verschleppten jüdischen Mitbürger gingen dort in die Hölle. Hat die Stadt hier etwas an Nachdenken verpasst? An der Stadt Bruchsal z. B. ist er Gedenktag nicht einfach vorbei gegangen.

Ich sprach von der „Sozialen Stadt“. Hierzu zählt gewiss die Zuwendung für die Kindergärten mit allein 3,8 Mio. €, ebenso die Zuschüsse für fünf Schülerhorte, das Jugendhaus Specht, die hoch anerkanntswerte ehrenamtliche Arbeit im Begegnungszentrum u. v. m., alles zusammen genommen im Einzeletat Soziale Sicherung ein Umfang von rund 4. Mio. € Bezuschussung. Das lässt sich hören!

Wichtig aber auch, dass wir auf die demographische Entwicklung, die uns immer rascher einholt, zukünftig noch umfassender reagieren, dass bei der Planung eventueller Neubaugebiete, bei Freizeiteinrichtungen oder generationsübergreifenden Projekten u. a.

Ein Wort noch im Drehschneisen Verwaltungsetat zur Seite 224: Stadtmarketing – ein fast schon abgenutzter Begriff.

Hier liegt sicher eine zentrale Aufgabe, einmal in der Außenwerbung für die Stadt zu sehen wie auch in der zu steuernden Innenstadtbelebung. Drei diesbezügliche Ausgabenzeilen summieren sich auf 240.000,- €.

Gezielt die Innenstadt muss mit ihrer ansprechenden Kleinräumigkeit und ihrem Flair erlebbar bleiben, muss Qualität und Vielfalt spiegeln, denn sie ist, wie Werner Kehrbeck beim Neujahrsempfang vor kurzem sagte, das Herzstück unserer Stadt.

Hier begegnet uns heimeliges Ambiente an Baulichkeiten und Einrichtungen, hier kann Stadt atmosphärisch inszeniert werden, hier findet Identifikation statt. Und dennoch, die Sorgenfalten nehmen zu: Breuninger geht, Sport-Leo geht, heute lesen wir, dass auch Leder-Ochs geht. Von „Aderlass“ in der Mitte der Stadt spricht heute die Zeitung. Griffige Ideen sind mehr denn je gefragt.

Erfreulich für den Stadtmarketinghorizont 2005 ist die Vielfalt großer angekündigter Ereignisse, wie z. B. die Ettlingleitende Tour de France, die durch Ettlingen führende Tour de Ländle, eine große Oldtimer-Rallye u. a. m.

Uns Sozialdemokraten würde es natürlich besonders freuen, könnten wir abermals den Deutschen „Rot“-Weinpreis wieder in Ettlingen platzieren.

Guten Erfolg wünschen wir der 2005 wieder angesetzten Leistungsschau von Handwerk, Handel und Gewerbe. Hier präsentiert sich komprimiert der eindrucksvolle wirtschaftliche Grundumsatz der Gemeinde, der im Übrigen zur niedrigen Arbeitslosenquote von unter 5 % in Ettlingen beiträgt.

Noch eine Einlassung auf Seite 225:

Bei den Einnahmen finden wir die 1,7 Mio. € der Konzessionsabgabe der Stadtwerke. Das wollen wir zum Anlass nehmen, die Stadtwerke als Leistungsträger für die Bürgerschaft hervorzuheben, zumal auch jüngst die Stadtwerke nach einer umfangreichen Unternehmeranalyse mit verschiedensten Kriterien eine Spitzenbenotung erhalten haben. Hätten die Stadtwerke nicht unsere vier öffentlichen Bäder geschulter, wir hätten einen Großteil bereits schließen müssen, denn im jährlichen Verwaltungshaushalt des Allgemeinen Etats noch drei Millionen Bäder-Defizit unterzubringen, dafür hätte wohl in diesem Raum kaum einer die Hand gerührt.

Auch die ab April 2005 voll sanierte Buhlsche Mühle einschließlich Umfeld als Vorzeigeentree vom Albtal her gäbe es ohne die Stadtwerke nicht. Sie wird in Form und Inhalt eine Visitenkarte der Stadt Ettlingen werden.

Drehkreis II – Vermögensetat

Mit 11,2 Mio. € zur Verabschiedung anstehend, bleibt der Investitionsetat um 614.000,- € unter dem von der Verwaltung vorgesehenen Ansatz. Im Zugriff des Ausschusses wurden mehrere Einsparposten durchgesetzt. Die SPD-Fraktion hatte mit ihren Einsparvorschlägen gar 965.000,-€ angedacht, aber Kompromisse gehören zur Politik.

Beispiele:

Rathausumbau: Von 365.000,- € auf 150.000,- € als Planungsrate und VE reduziert. Notwendige Vorleistung: Gesamtkonzept des vermeintlich Notwendigen; danach wird entschieden.

Feuerwehrverlagerung: Von 1,5 Mio. € einschließlich VE auf 100.000,- € vermindert mit Einforderung eines Gesamtkonzepts im Frühjahr, damit 2006 Nägel mit Köpfen gemacht werden können.

Lichtkonzept. Es wurde um 20.000,- € auf 35.000,- € herunter gekürzt. Zumindest das Rathaus und die Martinskirche als zentrale markante Innenstadtgebäude können damit besser ins Licht gerückt werden.

Nicht geschmälert wurde das für 2005 angepeilte Erneuerungsprogramm für die zum Teil marode Innenstadtbepflasterung, auch mehr Begeghfreundlichkeit beinhaltend. Der beabsichtigten baulichen Vorhaben wären noch etliche aufzureihen. Sie sind auf 97 Seiten Vermögensetat nachzulesen.

Festhalten sollte man jedoch noch dies:

Gewünschte Großprojekte aus vergangenen Jahren wie die Dorfgemeinschaftshäuser in Spessart und Schöllbronn, eine Großsporthalle u. a. können mit der Leistungskraft dieses Investitionsetats nicht ansatzweise vorangetrieben werden. Er muss aus seiner „Scheune“ auch noch den um 2,2 Mio. € nicht ausgeglichenen Verwaltungsetat „mitfüttern“ – die so genannte negative Zuführungsrate. Wir müssen Maß halten. Sagte sinnig Altbundespräsident Rau: „Wer von Maß spricht, der spricht von Grenzen. Ohne Grunzen, ohne Begrenzung, gibt es kein Maß.“ Eben, darum setzten wir Grenzen.

Nimmt man nun beide Haushaltsdrehkreise zur Gesamtsumme von 91 Mio. € zusammen und misst sie am Finanzierungskonzept des ursprünglichen Entwurfs, ist Licht blickend, dass die Kreditaufnahme von 4,3 Mio. € auf 2 Mio. € gesenkt werden konnte, ebenso die Rücklagenentnahme – also der Griff ins eigene Sparschwein – um beachtliche 3,2 Mio. € auf 1,5 Mio. €. Das wurde sicherlich ermöglicht durch die Hereinnahme des zu erwartenden Grundstücksverkaufserlöses von 5 Mio. € für den Exer, die uns immer mehr bedrängt.

Ermöglicht wurde die jetzt vorliegende günstigere Haushaltsperspektive auch durch wahrscheinlich höhere Gewerbesteuererinnahmen. Und hätte wegen der CDU-Position die Arzneimittelgroßfirma Fiebig die beabsichtigte Ansiedlung in Ettlingen nicht nach Rheinstetten verlegt, könnte unser Gewerbesteueraufkommen zukünftig noch höher sein.

Schlösse am Jahresende 2005 der jetzt zu beschließenden Haushalt mit einer erfreulichen positiven Bilanz wie 2004, gemessen am Ansatz, brächten wir vielleicht weder die Kreditaufnahme von 2,2 Mio. € noch die Rücklagenentnahme von 1,5 Mio. Schlösse das Haushaltsjahr gar wie 2003, als zum Jahresende die negative Zuführungsrate von 1,9 Mio. € in

eine positive von 1,2 Mio. € gedreht werden konnte, könnten wir uns glücklich schätzen. Doch das ist zunächst schiere Hoffnung, Hoffnung auch, dass die vor zwei Jahren noch genannte Summe von 34,8 Mio. € möglicher Steuerrückzahlungsforderungen aus dem Flow-Text-Skandal endgültig der Vergangenheit angehören.

Komme ich zum Schluss:

Mit den Inhalten des vorliegenden Zahlenwerkes von 91 Mio. € haben wir dem Haushalt 2005 Gesicht gegeben. Sagte Christian Morgenstern: „Jede Schöpfung ist ein Wagnis.“ Das gilt auch hier, ist doch jeder konzipierte Etat eine Schöpfung, geschöpft aus den vielseitigen Erfordernissen, aus den Ansprüchen und Erwartungen, orientiert an den sächlichen Prämissen, das Unvorhergesehene als Risiko immer mit sich schleppend.

So gehen wir wagemutig, aber auch zuversichtlich mit den 91 Mio. € in das 5. Jahr des 21. Jahrhunderts. Der Haushalt ist das opus magnum der Stadt für zwölf Monate und damit ein gewichtiger Beitrag zur Lokalen Agenda. Wenngleich nicht der Weisheit letzter Schuss, belegt er den konstruktiven Versuch, Politik als Kunst des Möglichen Ziel führend umzusetzen. Dieser Haushalt signalisiert keine Stagnation, baut keine Luftschlösser, zeigt vielmehr Gestaltungsmöglichkeiten zukünftiger Entwicklung, trägt zur Konsolidierung bei und hält die Handlungsfähigkeit der Gemeinde offen.

Auf der Hut zu sein, bleibt aber das Gebot auf der Jahresstrecke 2005. Der Lotse – Herr Dieter Becker – sowie seine Mitwächter werden es „richten“. Ihnen sei Dank gesagt für die Etatarbeit rückwärts und vorwärts. Schauen wir optimistisch nach vorne und halten es im Schiller-Jahr 2005 mit dem Schiller-Satz, den die Stadt 1859 zum 100. Geburtstag des Dichters auf den von ihr erstellten Schiller-Stein hat eingravieren lassen: „Siehe, voll Hoffnung vertraust du der Erde goldenen Samen und erwartest im Lenz fröhlich die keimende Saat.“ Wir haben hoffentlich mit diesem Etat gut gesät. Warten wir auf eine gute Ernte! Wir stimmen dem eingebrachten Haushalt 2005 zu, vorausgesetzt, die nachher zu bescheidenden Anträge geben dem Etat kein fundamental anderes Gesicht.

Stadträtin Saebel:

Einen Teil deines Geldes sollst du ausgeben, einen Teil sollst du weggeben und einen Teil sollst du sparen, sagt ein Persisches Sprichwort.

Mit dem vorliegenden Haushaltsplan 2005 werden wir dem leider nicht gerecht. Mit dem ausgeben haben wir eigentlich keine Probleme, mit dem weggeben auch nicht, da wollen viele was von uns, aber mit dem Sparen, das will schon seit Jahren so gar nicht mehr klappen. – Im Gegenteil, wir machen Schulden. 2 Mio. Kreditaufnahme, Stand heutiger Planung und 1,56 Mio. € wollen wir zusätzlich den Rücklagen entnehmen. Da sind die erhofften Einnahmen aus dem Exerverkauf schon gegen gerechnet Wir sind da zwar in guter Gesellschaft, auch Bund, Land und Kreis machen Schulden, wir als Kommunen sind aber die letzten in der Reihe und als Bürger bekommen wir die Auswirkungen verfehlter Finanzpolitik am unmittelbarsten mit. Wo ist die groß angekündigte Gemeindefinanzreform die uns über die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage auch einmal entlastet hätte? Übrigens, wie ich den BNN entnehmen konnte, wehren sich Malsch und andere Kommunen mit einer Resolution an Bund und Land gegen die einseitige Veränderung von Steuerverteilungen und Belastungen zu Ungunsten der Gemeinden. Wir sollten uns dem Protest anschließen und nicht als willige Verfügungsmasse dastehen.

Zum **Verwaltungshaushalt**, mit einem Volumen von 80Mio €: Es ist uns nicht gelungen eine positive Zuführungsrate zu erwirtschaften, wir planen ein Minus von etwa 1,8 Mio. € ein. Als geborenen Optimisten hoffen wir natürlich mit unserem Kämmerer Herrn Becker, dass wie in den vergangenen Jahren auch, die Gewerbesteuerquelle kräftiger sprudeln möge als kalkuliert. Verlassen können wir uns darauf aber nicht. Deshalb müssen wir hier gegensteuern.

Wir haben in Ettlingen einen hohen Standard erreicht, im Bereich Bildung und Soziales, bei Kultur und Vereinen, bei unseren städtischen Gebäuden, Straßen und Grünanlagen. Diesen Standard zu halten, dafür geben wir inzwischen mehr aus, als wir einnehmen.

Außerdem werden wir per Gesetz verpflichtet, ständig neue Aufgaben zu übernehmen, denken wir nur an die immer weiter reichenden Forderungen in Sachen Kinderbetreuung und Ausbau von Ganztagschulen, immer sind die Kommunen wenn's um die Finanzierung geht, mit im Boot. Selbst wenn wir keine neuen Aufgaben übernehmen steigen, unsere Personalkosten und unsere Aufwendungen für Energie und Gebäudeinstandhaltungen ständig.

Deshalb müssen wir in diesem Jahr zwingend mit der **Strukturkommission**, die bisher keine umsetzbaren Ergebnisse gebracht hat, weiterkommen. Frau Oberbürgermeisterin, anders als sie sind wir nicht der Meinung, dass sie und die Verwaltung sich der Aufgabe damit entledigt haben, uns mitzuteilen, was Pflicht- und was freiwillige Aufgaben sind. Kultur und Vereinsförderung werden als freiwillige Leistungen unserer Stadt betrachtet, freiwillig schon, aber unverzichtbar im Sinne der Lebensqualität in Ettlingen. Wer würde auf Museum, Stadtbibliothek, Volkshochschule, Musikschule, Jazzclub, Schlossfestspiele verzichten wollen? Jeder 2. Ettlinger ist Mitglied in mindestens einem Verein, viele bringen ehrenamtliche Leistungen für die Allgemeinheit, die wir sonst nie finanzieren könnten. Im Verständnis meiner Fraktion geht es hier nicht nur um Aufgabenanalyse, sondern vor allem um Strukturreform im Sinne von Effizienzsteigerung innerhalb der Verwaltung. Das Problem wird sich auch nicht durch kostspielige Rathausumbauprojekte und Zentralisierung lösen lassen, denn so weit sind die Wege zwischen unseren Dienststellen speziell in Zeiten moderner Telekommunikation nicht, dass sich hier wesentliches **Einsparpotenzial** ergibt. Wenn wir hier Staatsquote auch in Ettlingen senken wollen, dann **nicht an erster Stelle durch Einsparungen am Bürger, sondern zuerst im Verwaltungsaufwand**. Das setzt natürlich genaue Kenntnis der internen Abläufe voraus und die kann der ehrenamtlich tätige Gemeinderat, der ja nur zu Sitzungen im Rathaus weilt, gar nicht haben. Aber wir wollen hier keine Schuldzuweisung vornehmen, sondern betonen, dass wir es nur gemeinsam schaffen können. Und ich bin optimistisch, dass wir es auch schaffen werden.

Erst als letztes Mittel, sollte die Strukturkommission zu keinen verwertbaren Ergebnissen führen, denken wir an eine pauschale Ausgabenkürzung um 5% im Verwaltungshaushalt. Innerhalb der 2-tägigen Haushaltsberatungen allerdings, wie einige Stadtratskollegen gehofft haben, sind die grundlegenden Probleme der Verwaltungsumstrukturierung nicht lösbar. Die betroffenen Ämter müssen schließlich Gelegenheit erhalten, Stellung zu nehmen, für und wider müssen gründlich gegeneinander abgewogen werden. Sonst erreichen wir Chaos statt Fortschritt.

Meine Fraktion hätte den **Schlossfestspieletat**, der dieses Jahr laut Gemeinderatsbeschluss vom Oktober überproportional um 200T € steigt, gern um 50 T € gekürzt. Die Erfahrung lehrt uns, dass Überschreitungen in diesem Bereich geradezu unwetterartig hereinbrechen, aber wir waren mit unserem Vorschlag nicht mehrheitsfähig. So hoffen wir wie jedes Jahr auf einen guten Spielplan und schönes Wetter. Dann kriegen wir den Ausgleich zumindest teilweise auf der Einnahmenseite.

Stadtmarketing, Werbung, sind Ausgabepositionen die sich in den letzten zwei Jahren verdreifacht haben, auf nunmehr 150 T €. Mit unseren Einsparvorschlägen konnten wir uns in den Vorberatungen nicht durchsetzen. Bei allem Verständnis für die Notwendigkeit von Werbemaßnahmen, sollten wir uns aber auch hier Obergrenzen setzen. Dieses Jahr sollen nun noch einmal **Messebeteiligungen** für 90 T € hinzukommen. Die Forderung Ettlinger Gewerbetreibender nach Präsenz der Stadt auf der Leistungsschau und der Offerta unterstützen wir. Meine Fraktion ist aber der Meinung, dass die ursprünglich im Haushalt veranschlagten 60 T € hierfür schon ausgesprochen üppig sind. Zusätzliche 30 T € zur Teilnahme an einer überregionalen Messe in München, um Ettlinger Gewerbestücke zu vermarkten, von denen wir ja gar nicht mehr so viele haben, halten wir nicht für sinnvoll. Wir stellen daher den Antrag auf Streichung dieser nachträglich eingestellten 30 T € aus dem Haushaltsplan.

Auf Steuererhöhungen, als probates Mittel der Einnahmesteigerung des Verwaltungsetats wollten wir dieses Jahr verzichten, um Bürger und Unternehmen nicht zusätzlich zu belasten.

Im **Vermögenshaushalt**, bei den Investitionen haben wir bei unseren Vorberatungen mehr Einsparvolumen gesehen als im Verwaltungshaushalt. Von ursprünglich geplanten 11,9 Mio. € haben wir auf 11,3 Mio. reduziert. So konnten wir uns mit den anderen Fraktionen darauf verständigen, dass ein umfassender **Rathausumbau** wenngleich wünschenswert, in diesem Jahr nicht zu realisieren ist. und die hierfür eingestellten Mittel auf Planungsraten reduziert. Einen Ausbau der bisher von der Firma **Sportleo** genutzten Räumlichkeiten unter Einbeziehung der Arkaden lehnen wir sowohl wegen der Kosten wie auch aus städtebaulichen Gründen ab. Hier reicht eine auf das Notwendige reduzierte Modernisierung. Einen millionenschweren **Feuerwehrhausneubau** können wir uns ebenfalls nicht leisten, deshalb haben wir uns für die wieder- nutzbar- Machung des Sonnensaals eingesetzt. So sind die Fahrzeuge wieder bei der Einsatzzentrale untergebracht –ein entscheidender Vorteil im Einsatzfall - und wir sparen die Miete im Industriegebiet. Das Grundstück nahe der Herz Jesu Kirche können wir so als Planungsreserve vorhalten, irgendwann ergibt sich hierfür eine sinnvolle neue Nutzungsmöglichkeit, dann sind wir froh, es noch zu haben. Momentan aber, haben wir vielmehr die Aufgabe, vorhandene Räumlichkeiten in unserer Innenstadt mit neuem Leben zu erfüllen. Leerstand von Innenstadtgeschäften ist schädlich. Zum Beispiel das **Kaufhaus Breuninger**, es spielt die Schlüsselrolle im innerstädtischen Handel und wir hoffen, die Eigentümer werden ihrer Verantwortung gerecht und schaffen hier einen neuen Einkaufsmagneten. C&A wäre sicherlich ein Gewinn für die Einkaufsstadt Ettlingen. Freiwerdende städtische **Einzelhandelsflächen**, wie jetzt Leder Ochs zum Beispiel, möchte meine Fraktion möglichst gezielt ausschreiben, zum Beispiel mit dem Hinweis, dass sich am Kultur- und Bildungsstandort Ettlingen eine Musikalienhandlung oder ein Antiquariat realisieren ließen.

Den **Badische Hof**, er hat uns in den letzten Jahren allein durch die ständigen Betreiberwechsel und Umbaumaßnahmen Unsummen gekostet, wollen wir nun endlich zum Verkauf anbieten. Der Denkmalschutz bleibt bestehen, auch wenn das Gebäude nicht mehr der Stadt gehört und wegtragen kann es der Erwerber auch nicht.

Leider konnte der Verkauf des **Kleinen Exer** im vergangenen Jahr nicht realisiert werden. Er war als wesentlichste Finanzierungsquelle schon im Vermögenshaushalt 04 gedacht. Die Planung ist schon weit gediehen und viele Senioren warten auf ihre Wohnung im Herzen der Stadt. Aber der Investor hat Finanzierungsprobleme. Wir können stand heute noch nicht beurteilen, ob das nun angedacht Beteiligungsmodell praxistauglich ist. Noch hoffen wir ...für die Senioren und für die Stadtkasse. Allerdings sollten wir dem Investor eine realistische Frist setzen um die Entscheidung nicht ins unendliche zu verzögern.

Wir haben in den Arkadenstuben jetzt, dank Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, ein sehr schönes **Trauzimmer** – hoffentlich trauen sich nun mehr Ettlinger Paare sich zu trauen. Dann hätte diese nicht ganz unbedeutende Ausgabe ihren Zweck erfüllt.

Glaskubus und Leuchtstreifen sind dem Charme und dem Ambiente unserer Altstadt nicht dienlich. Wir wollen unsere Platanen am neuen Markt erhalten und sollte dies nicht möglich sein, so müssen neue gepflanzt werden.

Grundsätzlich sind wir offen auch für unkonventionelle Ideen und neue Architektur – am richtigen Ort zur richtigen Zeit. Als Positivbeispiel sehen wir hier unseren gelungenen Stadteingang aus Richtung Karlsruhe und das Entory Gebäude.

Ein großer Posten in unserem Haushalt sind die **Schulen**. Die Erhöhung der Schulbudgets, der so genannten „Kopfpauschalen“ an den Grundschulen um 1€, an den weiterführenden Schulen um 2€ je Schüler, begrüßen wir. Weitere 780 T€ fließen dies Jahr allein in die Gebäudesanierung. Aber auch Neubaumaßnahmen sind geplant, für den Ganztagesbetrieb an

der Pestalozzischule und die Anbaumaßnahme am Schulzentrum. Wir hoffen, unser Antrag auf IZBB-Mittel wird genehmigt, allein könnten wir das Bauvorhaben nicht schultern. Aber Erziehung besteht ja bekanntlich nicht nur aus Beton, sondern vorwiegend aus Liebe, Kreativität und Fantasie. – und warmem Mittagessen. Hier unterstützen wir den Antrag der Elternvertreter auf Übernahme der Bürgerschaft für den Mensabetrieb durch die Stadt. Aber Erziehung hat auch was mit Spaß und Spiel und Sport zu tun. Und hierzu möchten wir noch einen Antrag einbringen, der auch Geld kostet: Wir möchten im **Horbachpark**, nahe Schulzentrum **Sport und Spielgeräte** für größere Kinder installieren. Uns ist aufgefallen, dass wir zwar viele schöne Spielplätze für Kinder unter 10 Jahre haben, aber wenig was für ältere interessant wäre. Wir denken hier an Geräte zum Turnen, Klettern, Balancieren und Langhängeln, die auch für Kids mit einer Körpergröße von 1,70m noch eine Herausforderung sind. Nahe dem Schulzentrum könnten sie sowohl von den dortigen Schülern in der Mittagspause und nach Unterrichtsende genutzt werden, als auch von den Familien, die am Wochenende und nachmittags den Park bevölkern. An der Entwicklung konkreter Ideen könnten sich sowohl Ettlinger Schüler als auch der Jugendgemeinderat beteiligen. Wir beantragen hierfür 20 T € in den Haushaltsplan einzustellen.

Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geliehen, ein grüner Slogan, 25 Jahren alt, er scheint mir heute genauso aktuell wie damals. Nachhaltig wirtschaften, nicht mehr natürliche Ressourcen verbrauchen als nachwachsen, unseren Kindern lebenswerte Umwelt übergeben und nicht nur unseren Sperrmüll und Betonwüsten. Leider keine Selbstverständlichkeit, denn Neubaugebiet Kaserne ist noch gar nicht vollständig vermarktet, ein anderes, der kleine Exer nicht einmal angefangen, da fordern einige Kollegen im Stadtrat schon das nächste. Statt sich mit der Altersstruktur in bestehenden Siedlungen zu beschäftigen, und den nötigen Modernisierungs- und Umbaumaßnahmen dort, soll immer wieder auf der grünen Wiese gebaut werden. Wenn wir dem folgen, haben spätestens unsere Enkel gar keine Wiese mehr. Jeder, der sich mit dem Thema Bauen befasst, weiß zudem, die Kosten der Infrastruktur wie Straßen, Kanäle, Beleuchtung und ihre Folgekosten fressen die Einnahmen aus Grundstücksverkauf mehr als auf.

Sorge machen uns insgesamt zunehmend die **Folgekosten von Investitionen**: Meine Fraktion möchte, dass künftig zu jeder neu geplanten Investitionsmaßnahme eine Berechnung der Folgekosten durch die Verwaltung vorgelegt wird. Denn Folgekosten entstehen eigentlich immer und belasten unseren Verwaltungshaushalt dann über Jahre oder gar Jahrzehnte. Nur so bekommen wir ein realistisches Bild über Verpflichtungen die wir eingehen.

Einen anderen SPD-Antrag allerdings, Hrn. Lorchs unermüdlichen Einsatz zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse – das **Klohäuschen** auf dem Marktplatz, unterstützen wir. Da sich die Realisierung der „Netten Toilette“ unter Beteiligung Ettlinger Gastwirte zur Jahrhundertaufgabe zu dehnen scheint, würden wir doch den Häusle - Neubau vorziehen.

Wir freuen uns auf die Fertigstellung der **Buhlschen Mühle**, des ältesten Ettlinger Industriedenkmals. Wir hoffen aber, dass die anvisierte Nutzung dem enormen Sanierungsaufwand entspricht.

Mehr Demokratie wagen, mehr Bürgerbeteiligung für uns gehört dazu auch Transparenz bei den Finanzen. Deshalb schlagen wir auch dieses Jahr wieder vor, zum nächsten Haushaltsplanentwurf einen so genannten „**Bürgerhaushalt**“ ein Falblatt mit den wichtigsten Haushaltsdaten, einer kurzen Erklärung und der genaueren Betrachtung eines haushaltsrelevanten Bereichs, wie zum Beispiel Schulen und Kindergärten, an alle Ettlinger Haushalte zu verteilen.

Die **Zusammenarbeit im Gemeinderat** hat sich spürbar verändert - zum positiven. Da keine Fraktion mehr im Besitz der absoluten Mehrheit ist, gewinnen auch die Argumente der jeweils Anderen an Gewicht. Wir sind mehr im Gespräch miteinander, das macht Arbeit, ist aber bei allem Gegensätzlichen aber erfreulich - und wie wir meinen auch sachdienlich.

Unser Dank gilt wie jedes Jahr unserem Kämmerer Herrn Becker und seinem Team, für die Aufstellung des Haushaltsplans, und für seine Beratung, die auch in unserer Fraktion die Arbeit wesentlich erleichtert hat.

Mein letztes Dankeschön gilt allerdings Herrn Bürgermeister Raab, für seinen Einsatz für unsere Stadt und ihre Bürger. Jetzt höre ich auf, damit Ihre Verabschiedung Herr Raab, nicht erst nach Mitternacht stattfindet.

Wir stimmen dem vorliegenden Haushaltsplan **mit Bauchschmerzen** zu.

Stadträtin Lumpp:

Dies sind die ersten Haushaltsberatungen, an denen die Freien Wähler mitwirken können. Allerdings war unsere Mitarbeit bislang darauf beschränkt, schriftliche Anträge zu stellen. Keinen dieser Anträge durften wir mündlich erläutern oder begründen. Auch wenn etwas völlig falsch verstanden wurde, durften wir es nicht richtig stellen. Dies liegt daran, dass wir im Verwaltungsausschuss kein Rederecht haben, da wir dort auf Grund unserer Fraktionsgröße nicht Mitglied sind.

Die Beratungen über den Haushalt finden aber traditionell nichtöffentlich im Verwaltungsausschuss statt. Dies halten wir für falsch. Der Haushalt stellt die Weichen der kommunalen Politik für die nächsten 12 Monate. Die Beratungen darüber sollten grundsätzlich öffentlich sein, und vom gesamten Gemeinderat geführt werden. Weder sollte kleinen Fraktionen dort die Mitarbeit verwehrt werden, noch sollten die Bürger ausgeschlossen und erst am Ende in schönen Reden vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Die Entscheidungsprozesse während der Beratungen sind im Nachhinein kaum nachvollziehbar – den Bürgern sollte künftig die Möglichkeit gegeben werden, diese Prozesse zu verfolgen. In Nachbargemeinden (z.B. in Malsch), ist das durchaus üblich.

Viele der Gemeinderatsmitglieder haben das bei uns praktizierte Verfahren als nicht effektiv empfunden. In Ettligen berät jede Fraktion im stillen Kämmerlein, stellt schriftlich Anträge und erfährt von den Anträgen der anderen erst in dem Moment, in dem die Ausschusssitzung beginnt. Manche Anträge sind aber so weitreichend, dass es wichtig wäre, sie in Ruhe zu durchdenken, andere Anträge werden von allen Fraktionen fast gleich lautend gestellt – also 6 nahezu identische Anträge zum gleichen Punkt.

Und in der Sitzung? Die komplizierten Anträge werden abgelehnt oder als Prüfauftrag an die Verwaltung weitergeleitet, weil die Zeit fehlt, eine Meinung zu entwickeln, und bei den anderen Anträgen, wurden diesmal die Ausschussmitglieder von der Verwaltung schwindlig geredet. So stimmten sie letztlich doch Ausgaben zu, die sie zuvor in ihren Anträgen gerade gestrichen hatten. So haben zum Beispiel alle Fraktionen (außer der FDP) beantragt, die Mittel für den Rathausumbau (365.000 €) zu streichen, da sie dafür zurzeit keine Dringlichkeit sehen und erst die Ergebnisse der Strukturkommission abwarten wollten. Nach einer gefühlgeladenen Marathondebatte, die nicht immer nur mit sachlichen Argumenten geführt wurde, stimmten sie jedoch Ausgaben in Höhe von 150.000€ zu. Dass man dann einen Teil als Verpflichtungsermächtigung bzw. Planungsrate ausweist, ist letztlich unerheblich. Ich hoffe es gelingt uns, für den nächsten Haushalt fraktionsübergreifend zu arbeiten und uns im Vorfeld auf wichtige Eckdaten zu einigen – und dann der Verwaltung auch die Stirn zu bieten. Außerdem sollten die eigentlichen Haushaltsberatungen in öffentlicher Sitzung des Gemeinderates geführt werden.

Beim Haushalt 2006 werden wir versuchen, diese Demokratisierung und Vergrößerung der Transparenz gemeinsam mit den anderen Fraktionen durchzusetzen. Für diese Haushaltsberatungen bedeutet das aber, dass wir hier nicht nur eine Rede halten können, sondern einige Anträge, die wir schriftlich gestellt haben, die aber abgelehnt wurden, erneut stellen müssen, um sie erstmals ausführlich begründen zu können, bzw. um den Bürgern zu verdeutlichen, was bislang überhaupt diskutiert wurde. Im Verlauf dieser Rede werde ich daher 13 Anträge stellen.

In den Beratungen wurden über 100 Anträge gestellt, davon allein 48 von uns. Von unseren 48 Anträgen, mit einem Einsparvolumen von ca. 1 Million Euro, wurden 32 Anträge abgelehnt, 11 Anträge wurden als Prüfauftrag angenommen, darunter so wichtige wie der über den veränderten Umgang mit Grünabfall, der eventuell sogar zu Einnahmen führen könnte bei einem Posten, der heute enorme Kosten verursacht. Diese Prüfaufträge werden hoffentlich den nächsten Haushalt beeinflussen. 4 Anträge wurden in die ominöse Strukturkommission verschoben, die immer dann genannt wird, wenn Entscheidungen anstehen, die man hinausschieben will. Sie tagt anscheinend einmal im Jahr, das letzte Mal im Frühjahr 2004, seit der Gemeinderatswahl hat sie nicht getagt und im Frühjahr soll sie Folgendes entscheiden: Einteilung der Dezernate, Umstrukturierung der Verwaltung (Zusammenlegung von Ämtern, Neuschaffung von Ämtern, Zuschnitte von Ämtern, Personalumstrukturierung und evtl. auch Personalabbau...), neues Raumkonzept (welches Amt in welchem Raum und warum,...) und damit verbunden auch neues Gebäudemanagement und Liste der Immobilien, die verkauft oder ganz umgenutzt werden sollen. Dazu: Neugliederung der Ortsverwaltungen und vieles mehr ... Man sieht also: die Strukturkommission mutiert zu einem Gremium, das die Weichen für die kommenden 20 Jahre stellt und das in nur einer Sitzung. Hier sieht man auch deutlich, welchen Entscheidungsstau wir haben. Alle diese Überlegungen werden weitreichende Konsequenzen nach sich ziehen – sieht man sie unter Haushaltsgesichtspunkten, ergeben sich enorme Einsparpotenziale. Wir wollten diese Entscheidungen beschleunigen und der Verwaltung genau definierte Zielvorstellungen an die Hand geben, leider sind wir anscheinend die einzigen, die sich darüber genauer Gedanken gemacht haben. In den Beratungen fiel häufiger der Satz: „Die Verwaltung wird schon wissen, was sie tut.“ – das stellen wir nicht grundsätzlich in Frage, aber eine gewisse Betriebsblindheit und Scheu, bei sich selbst zu rationalisieren, darf man doch vermuten. Hier hätten wir gerne gegengesteuert, indem wir die Mittel für die Organisations- und Planungsberatungen zweckgebunden hätten, stießen aber auf taube Ohren.

Der Gemeinderat ist der oberste Souverän der Gemeinde. Er **darf** nicht nur entscheiden, er **muss** auch die Verantwortung übernehmen, wenn er sieht, dass unangenehme Entscheidungen zu fällen sind. In Ettlingen muss einiges geändert werden. $\frac{1}{4}$ der Personalausgaben (5 Millionen Euro) geben wir für Kultur aus, jeder Musikschüler kostet im Durchschnitt 335 €, jeder Volkshochschüler 20 €, die Schlossfestspiele kosten pro Besucher durchschnittlich 17 € (Statistisch! Manche Inszenierungen spielten ein Defizit von 124 € pro Besucher ein).

All das sind freiwillige Leistungen, Leistungen, die wir gerne erbringen wollen und doch müssen wir entscheiden, welche wir uns davon in Zukunft noch leisten können. Dazu muss man auch entscheiden, welche Aufgabe diese freiwilligen Leistungen primär erfüllen sollen. Soll z. B. die Musikschule Kindern den Kontakt zu Musik ermöglichen und eine Chance bieten ein Instrument zu lernen oder soll sie einen „sachverständigen und kritischen Hörerkreis“ heranbilden, wie eines der Oberziele zurzeit lautet? Wir meinen, die Chance ein Instrument zu lernen sollte den Kindern und Jugendlichen geboten werden, aber die Finanzierung eines kostspieligen Hobbys auf Kosten der Allgemeinheit kann nicht Aufgabe der Stadt sein. Wenn ich heute surfen lernen will, zahlt mir auch niemand was dazu. Ca. 46 Festangestellte Mitarbeiter gibt es bei der Musikschule. Zurzeit werden 1300 Stunden pro Woche Unterricht erteilt, davon 1000 als Einzelunterricht (Angaben gerundet). Deshalb haben wir den Antrag gestellt, die Musikschule umzustrukturieren, indem die Förderrichtlinien geändert werden. Mehr Zuschüsse für Gruppenunterricht, keine Zuschüsse mehr für Einzelunterricht. So wäre der soziale Aspekt berücksichtigt worden und die Chance für einen deutlichen Personalabbau hätte sich eröffnet.

Doch statt diesem differenzierten Antrag zu folgen und tatsächlich eine Neuorientierung zu wagen, hat der Gemeinderat pauschal für alle Musikschulbesucher die Beiträge um 3% erhöht. Dadurch kommt es nun 2006 zu Mehreinnahmen von 43.000 Euro. Bei einem jährlichen Defizit von 1 Million Euro eher ein Tropfen auf den heißen Stein. Aber dieses Verhalten ist typisch für diese Haushaltsberatungen. Komplizierte Überlegungen werden mangels Zeit abgeblockt, Einnahmeerhöhungen durch Gebührenerhöhung werden dann als Sparen bezeichnet. Das

erinnert doch stark an das Verhalten von Bundespolitikern. Sparen, indem man die Abgaben erhöht.

Vergleicht man den städtischen Haushalt mit dem, was die Bürger unter Haushalten verstehen, dann kann man ihn so erklären:

Es gibt laufende Kosten, das sind die, welche im Verwaltungshaushalt entstehen. Bei der Stadt sind das: Personalkosten, Gebäudeunterhalt, Bürobedarf,... vergleichbar mit Miete, Kindergartenbeiträgen, Essen, Versicherungen, Autounterhalt, etc. Diese Ausgaben werden normal durch Einnahmen gedeckt (bei der Stadt sind das: Gebühren, Zuweisungen von Land und Bund, Steuern), vergleichbar mit dem Einkommen einer Familie. Außerdem gibt es in der Familie das Sparbuch, auf dem die Festgelder liegen. Das ist der Vermögenshaushalt der Stadt. Normal sollte es so sein, dass nach Abzug aller Ausgaben etwas vom Einkommen übrig bleibt, um es auf die hohe Kante, sprich aufs Sparbuch, zu legen.

Im Gegensatz dazu gibt unsere Stadt dieses Jahr 1,8 Millionen mehr aus, als sie einnimmt und das wohl auch in den kommenden Jahren. Diese 1,8 Millionen finanziert sie, indem sie vom Sparbuch Geld holt. Jedes Jahr werden also unsere Rücklagen weiter von den laufenden Kosten aufgefressen.

Innerhalb unseres Haushalts zeigt sich bei den bisher getroffenen Entscheidungen nirgendwo eine Umkehr dieser Verhältnisse. Nach Aussage des Kämmerers werden auch die nächsten Haushalte ähnlich sein, die Ausgaben sind einfach zu hoch, die Einnahmen zu gering. In dieser Situation verhalten wir uns wie jemand, der von der Hand in den Mund lebt, das Familienerbe verkauft, um in die Karibik zu fliegen, Zwei Wochen Dominikanische Republik, all inclusive. Da kann man schöne Karten aus dem Urlaub schicken, alle gucken neidisch, jeder fragt sich, wie kann der sich das nur leisten – der Imagegewinn ist enorm. Zuhause dann die Sonnenbräune, sie sorgt weiter für Gesprächsstoff, aber dann, nach einem Monat wird man ganz blass, wenn man einen Blick auf den Kontostand wirft. Wir bleiben lieber daheim, Urlaub auf Balkonien, das Erbe verwendet zum Erwerb einer Eigentumswohnung. Nicht so toll, nicht so braun, ohne Imagegewinn – aber mit Substanz.

Dazu wären schon im Vorfeld Entscheidungen nötig gewesen, welche die Struktur verändern. Die getroffenen Entscheidungen haben die vorhandenen Strukturen aber eher zementiert. Im Folgenden einige Beispiele:

Obwohl man weiß, dass eigentlich kein Geld dafür da ist, wird der Vertrag mit Herrn Flügge gleich um zwei Jahre verlängert und das, obwohl ein Prüfbericht vorliegt, der eher nahe legt, einen Prozess auf Schadensersatz gegen den Intendanten anzustrengen.

Die Bürgermeisterstelle wird ausgeschrieben, obwohl es qualifizierte Mitarbeiter gibt, die die Aufgaben bei einer Umstrukturierung hätten übernehmen können – mit Herrn Determann und Herrn Müller haben wir zwei interne Bewerber. Also ist das Potenzial in der Verwaltung vorhanden.

Bei der Feuerwehr wird rumgeeeiert, alle rufen nach einem Gesamtkonzept, aber niemand traut sich zu sagen, dass man die Anzahl der Ortsteilwehren gerne verringern möchte, um Geld zu sparen – man hofft, dass die Feuerwehr selbst auf die Idee kommt, sich diesen Arm abzuhacken. In der Zwischenzeit gibt man Geld für einen Schwebezustand aus, mit dem niemand gedient ist, am wenigsten der Feuerwehr.

Jetzt, bei den Haushaltsberatungen, war es angeblich zu spät, um grundsätzliche Entscheidungen zu treffen. Herr Lorch hat uns sogar regelrecht vorgeworfen, dass wir es wagen würden, grundsätzliche Entscheidungen im Zuge der Haushaltsberatungen treffen zu wollen. Er meinte dazu: „Thema verfehlt.“ Dazu meinen wir: „Herr Lorch, Hausaufgaben nicht gemacht, setzen, sechs!“

Man kann das Ticket für den Karibikflug noch zurückgeben, die Stornogebühr kommt billiger als der überflüssige Urlaub. Wer meint, trotzdem fliegen zu müssen, und hofft, die Tatsache, dass er sich den Karibikurlaub nicht leisten kann, dadurch in den Griff zu bekommen, dass er beim Trinkgeld für das Hotelpersonal spart, hat nicht begriffen, wo und wie man sinnvoll spart.

Wir wollen die Strukturen langfristig verändern und so die laufenden Kosten senken. $\frac{1}{4}$ der laufenden Kosten sind Personalausgaben. Rund 20 Millionen €. Könnte man hier 10 % sparen, hätte man die 2 Millionen schon drin. Personal sparen kann man entweder durch Kündigungen oder durch Teilzeitarbeit. Unser Antrag lautet daher:

„Allen Mitarbeitern der Stadt Ettlingen – auch den Führungskräften und Amtsleitern – wird die Möglichkeit der Teilzeitarbeit offensiv, in persönlichen Gesprächen und schriftlichen Mitteilungen, angeboten. Jeder Mitarbeiter, der bei gleicher Leistung ein oder zwei Stunden weniger arbeiten möchte, oder andere Teilzeitvarianten für sich sieht, wird in seinem Ansinnen unterstützt, ohne dass er Angst haben müsste, deswegen degradiert zu werden oder nur noch weniger verantwortungsvolle Aufgaben übertragen zu bekommen. Es wird deutlich gemacht, dass jeder Mitarbeiter, der an diesem Programm teilnimmt, aktiv zum Erhalt der Arbeitsplätze aller Verwaltungsmitarbeiter beiträgt. Begründung: Würde jeder der 81 Beamten und 245 Angestellten auf eine Stunde verzichten, so würde das zu einem rechnerischen Personalabbau von ca. 8 Stellen bzw. 2,4% führen, das sind über 400.000 € an Einsparungen, ohne dass (und das ist entscheidend!) auch nur eine Leistung weniger für den Bürger erbracht würde.

Weiterhin beantragen wir: Einen Einstellungsstopp für Verwaltungsmitarbeiter bis Ende 2007. Begründung: In den Beratungen haben wir gehört, dass schon heute erstmal intern geschaut wird. Wir fordern nun, dass nicht nur geschaut wird, sondern dass Personalabbau durch Vertragsende, Pensionierung oder Weggang in vollem Umfang erhalten bleibt. Dies soll ausdrücklich nicht für Arbeiter, Azubis oder andere Bereiche (Erzieherinnen, Verlässliche Grundschule, etc.) gelten, wo besondere Fähigkeiten verlangt werden. Hier soll bis Ende 2007 mit befristeten Verträgen gearbeitet werden, wenn Neueinstellungen notwendig werden.

Auch bei uns selbst sind wir bereit zu kürzen. Wir müssen zeigen, dass die Politik kein Selbstbedienungsladen ist. Ohne die Arbeit, die wir alle leisten, schmälern zu wollen, beantragen wir: Die Aufwandsentschädigung für Gemeinderäte wird um 18% gekürzt. So können die Beträge trotz der 7 Überhangmandate auf dem gleichen Niveau wie mit 32 Gemeinderäten gehalten werden.

Doch nicht nur die Gemeinderäte kosten Geld, auch die Fraktionen sind sehr teuer. Deshalb stellen wir folgenden Antrag: Alle Fraktionsgelder werden gestrichen. Begründung: Fraktionen sind freiwillige Organisationsformen von Gemeinderäten. Sie erfüllen keine zusätzlichen Funktionen und werden in der Gemeindeordnung von Baden-Württemberg nicht erwähnt, insbesondere nicht in § 19 der GemO - Entschädigung für ehrenamtliche Arbeit. Fraktionen kommen in der Gemeindeordnung nicht als funktionelle Einheit, die gebildet werden müsste, vor. Also ist es auch nicht einzusehen, warum sie gegenüber einzelnen Gemeinderäten bevorzugt werden sollten oder warum sie Geld für Aufgaben bekommen sollten, die sie sich selbst geben. Ein Mitglied einer Fraktion hat nicht mehr Aufgaben als ein Gemeinderatsmitglied, das nicht Mitglied einer Fraktion ist. Warum sollte ein Fraktionsmitglied also 30 € mehr wert sein? Es gibt daher keinen Grund, Fraktionen eine extra Aufwandsentschädigung zu zahlen.

Auch die meisten Ortsvorsteher erhalten eine Aufwandsentschädigung, die deutlich über den Mindestsätzen liegt und die sich eher an den Höchstsätzen orientiert. Da wir alle sparen müssen und diesen Willen auch nach Außen dokumentieren sollten, beantragen wir hier: Die Pauschalbeträge für die Ehrenbeamten werden auf die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestsätze zurückgeführt.

Beim Etat Partnerschaften sieht man wieder, wie bislang gearbeitet wird. Mehrere Fraktionen haben Kürzungen des Etats beantragt. Doch nur pauschal, ohne Regelungen zu suchen, die auch langfristig Bestand haben. Wir wollen den Partnerschaftsetat dadurch entlasten, dass Richtlinien gefunden werden, nach denen zukünftig gegenseitige Besuche der städtischen Repräsentanten geregelt werden um diese Repräsentationskosten zu minimieren. Bislang werden die Besuche der Gemeinderäte voll finanziert. Anders bei Besuchen von Vereinsmitgliedern. Diese bekommen einen Reisekostenzuschuss, der jedoch nur einen kleinen Teil der Kosten deckt. Wir wollten die Gleichstellung von Gemeinderäten mit Vereinsmitgliedern.

Ein Gegenargument war: Jeder könne ja selbst entscheiden, ob er was dazugibt – darüber müsse man nicht lange reden. Wir sehen das anders. Es muss ein klares Signal von diesem Rat ausgehen, dass wir zu unseren Förderrichtlinien stehen, denn wir lassen sie auch für uns selber gelten. Deshalb lautet unser Antrag wie folgt: Die Repräsentanten der Gemeindeorgane sollen in Zukunft nicht besser gestellt werden als die Bürger, die über die Vereine eine Fahrt in die Partnerstadt unternehmen. Die Fahrten der Gemeinderäte, Ortschaftsräte, Bürgermeister und Oberbürgermeister sollen genauso bezuschusst werden, wie die Fahrten der Vereine, der Rest soll aus der eigenen Tasche bezahlt werden. Die zu feiernden Feste sollen in einem Rahmen gehalten werden, der den finanziellen Mitteln der Gemeinden entspricht.

Auf Seite 22/23 des Haushaltsplans wurden die wesentlichen Zuweisungen und Zuschüsse aufgelistet. Dabei kommt man zu folgendem Ergebnis:
Die Ausgaben für Kultur steigen um 18,9%, die für Soziales sinken um 1,17%.

Der Zuschuss für die Schlossfestspiele wurde gar um 30% erhöht. Deshalb beantragen wir: Die Schlossfestspiele finden in Zukunft nur noch alle zwei Jahre statt (zeitlich versetzt zu Rastatt), in deutlich abgespeckter Version (nur Juli, ein Stück für Erwachsene, eines für Kinder), unter Einbindung der Vereine und mit einem Rahmenprogramm von Juni bis September, aus einzelnen Veranstaltungen, die vorwiegend jüngeres Publikum ansprechen. Wir denken z.B. an Poetry slams, Autokino, Freilichtkino im Schlosshof oder im Horbachpark, Straßenmusiker – Festival, Beachparty vor dem Rathaus (evtl. mit Beachvolleyballturnier), Kneipen Nachtkulttour, Inlinernight, dies hätte zwar auf den diesjährigen Haushalt nur wenig Auswirkung, aber dennoch könnten einige der Kosten, die dieses Jahr nur entstehen, da auch die Planung für nächstes Jahr eingestellt ist, eingespart werden. Einen Intendanten bräuchte man nicht, Herr Dr. Determann könnte für die Planung verantwortlich zeichnen und einen Regisseur engagieren. Sollte dieser Antrag keine Mehrheit finden, so bitten wir darum, ihn wenigstens als Prüfauftrag anzunehmen.

Nicht nur im Bereich Kultur steigen die Ausgaben. Quer durch den Haushalt gibt es Posten, die sich unter dem Schlagwort Öffentlichkeitsarbeit fassen lassen:
Diese Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und Werbung im weitesten Sinne sind um 99.000€ gestiegen, das entspricht einem Zuwachs von 23%.

Hier also hat die Verwaltung Zeichen gesetzt: Ausgaben im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Kultur steigern – sicher auch im Hinblick darauf, dass Ettlingen ja noch zur „Marke“ werden muss - und in allen anderen Bereichen die Ausgaben minimal kürzen, bzw. das Niveau halten. Nicht gerade das, was wir unter einem innovativen und zukunftsweisenden Haushalt verstehen.

Wir, die Freien Wähler Ettlingen, geben lieber für Kinder und Ettlinger Bürger, die hier sind, Geld aus als für Touristen oder Investoren, die nur vielleicht kommen. Deshalb beantragen wir: Auf die geplante Teilnahme als Aussteller an der Expo real in München wird verzichtet und die dafür veranschlagten 30.000 Euro werden gestrichen.

Begründung: Die Exporeal ist eine internationale Fachmesse für Gewerbeimmobilien. Von der Verwaltung und Frau Büssemaker geplant ist, die Teilnahme als kleiner Partner von Karlsruhe und Baden-Baden. Karlsruhe hat eine Gewerbefläche von knapp 300.000 m². Baden Baden hat 85.000 m², dazu kommen mehr als 800.000 m² in Baden Oos. Ettlingen hat **insgesamt nur** ca. 35.000 m² ausgewiesen.

Beim Betrachten der Zahlen fällt auf, dass Ettlingen einen vernachlässigbaren Anteil der Flächen im Vergleich zu Karlsruhe und Baden Baden, im Übrigen auch im Vergleich zu anderen Ausstellern, zu vermarkten hat. Folglich muss der zu erwartende Nutzen der Teilnahme an dieser Großveranstaltung als gering eingeschätzt werden. Vielmehr liegt die Vermutung nahe, dass Karlsruhe und Baden Baden einen Mitfinanzierer für die teuren Standgebühren finden wollten und ihn im geltungsbedürftigen Ettlingen gefunden haben.

Wirft man einen Blick auf das Rahmenprogramm wird auch hier deutlich, dass die Messe um einige Krugweiten zu groß ist: Im *exporealforum* stellen sich Länder wie Polen, Tschechische Republik, Baltische Staaten, Slowenien, Korea, Italien, Niederlande... vor. In der *Convention Area* gibt es Vorträge zu Facilitymanagement von Großstädten wie Graz, München, Leipzig... Im *Trend-Pavillion* wird über den Investitionsmarkt in Mittel- und Osteuropa und Hotelprojekte gesprochen. Im *Roots Center* über Non Performing Loans (was immer das auch sein mag). In den Konferenzräumen ergreifen große Baukonzerne wie Dywidag und Waltherbau (nicht gerade die vertrauenserweckendste Adresse) das Wort zum Thema Immobilienwirtschaft.

Um Ettlinger Gewerbeflächen zu vermarkten braucht es keine Messeteilnahme in München, sondern gut aufbereitete Standortdaten, das Ausschöpfen der lokalen Werbe-Plattformen, partnerschaftliche Unterstützung der bereits hier ansässigen Gewerbetreibenden, gezieltes Ansprechen von geeigneten Firmen und individuelle Hilfe und Unterstützung von Suchenden.

Zum Thema Stadtmarketing meinen wir: Erst muss geklärt werden, an wen sich das Stadtmarketing wendet und welche Zielsetzung damit verfolgt wird.

Ist das Ziel Käufer anzulocken? Dann ist das beste Marketing ihnen etwas zu bieten, das sie kaufen können. Dann muss der Einzelhandel auf dem **gesamten** Stadtgebiet gestärkt werden. Ist das Ziel Käufer in die Innenstadt zu locken? Dann muss die Stadt als Vorreiter dafür sorgen, dass die Preise für Gewerbemieten deutlich sinken, um die Händler so entsprechend zu fördern – und die Artenvielfalt in der Innenstadt wieder herzustellen!

Geht es darum Investoren in die Stadt zu locken, die hier bauen und Arbeitsplätze schaffen? Dann müssen wir weitere Gewerbegebiete ausweisen, Hebesätze senken und eine gute Infrastruktur schaffen. Geht es darum junge Familien als Bewohner in die Stadt zu locken? Dann müssen wir günstigen Wohnraum und gute Kinderbetreuungsmöglichkeiten bereitstellen.

Oder geht es um Touristen? Dann brauchen wir günstige, familienfreundliche Hotels, Pensionen und Ferienwohnungen, Freizeitprogramm. Mountainbiketrails, Gästekindergarten und gute Beziehungen zur Touristikbranche. Oder geht es darum, dass im Umland alle sagen: „Ettlingen ist ja so hübsch, da geh ich samstags gerne auf dem Markt einkaufen!“ – dann reicht es, wenn wir alles so lassen wie es ist.

Zurzeit machen wir von allem etwas. Blaue Streifen weil's so hübsch ist, Wohnmobilabstellplätze für Touristen auf der Durchfahrt, Messebesuche um nicht vorhandene Gewerbefläche zu verkaufen und Dumpingmietpreise bei Pfannkuch um Einzelhändler überhaupt dazu zu bringen, sich anzusiedeln.

Die Schlossfestspielbesucher aus dem Umland sind es uns 17 € pro Nase wert, auch wenn sie nur kurz in die Stadt kommen und gar nichts konsumieren, einfach nur, weil so der Name Ettlingen bekannt wird – bei den Besuchern des Buchtzigsees, die ebenfalls aus dem ganzen Umland anreisen, ist uns das unangenehm, da sagen wir: „Die kosten nur Geld und bringen nichts!“ (obwohl der Buchtzig eine schwarze Null schreibt). Solche Unterschiede zeigen, dass noch kein Plan in den Köpfen ist, wie das mit dem „bekannt werden“ aussehen soll. Eine kleine Randbemerkung: Die bislang größte Marketingaktion, außer der Landesgartenschau, war Flowtex – mit dem größten Wirtschaftsskandal in der deutschen Geschichte ist der Name Ettlingen bundesweit bekannt geworden.

Wir fordern die Formulierung von klaren Zielen und Konsequenz bei deren Umsetzung. Bislang ist vieles wischi-waschi. Einige wollen Ettlingen zur Marke entwickeln, haben aber noch keine Ahnung, welche Marke das sein soll, dennoch wird schon viel Geld für die Werbung ausgegeben. Andere finden es schick Teile der Stadtmarketing-Event-Philosophie aufzugreifen, stimmen deshalb für die Beteiligung Ettlins an der Expo-Real, und wollen dann aber nicht das Geld locker machen, um die entsprechende Werbung auch durchzuziehen. Frei nach dem Motto: wenn ich schon in ein teures Restaurant gehe, dann trinke ich dort nur was, denn mehr kann ich mir nicht leisten. Vielleicht wär' man da besser in die Clubgaststätte nebenan gegangen, dann wären wenigsten alle satt geworden! Was uns ärgert ist das völlige Fehlen von Zielvorstellungen. Mit einem einfachen: es soll alles besser werden, ist es nun mal nicht mehr getan.

Für uns Freie Wähler besteht das beste Stadtmarketing in der Zufriedenheit der Bewohner. Noch leben die Menschen gerne in Ettlingen, sind bereit hohe Miet- und Immobilienpreise zu zahlen und warum? Weil's hier so schön ist! Klein und überschaubar, aber doch groß genug um viel zu bieten. Schnell im Grünen, aber auch schnell in Karlsruhe. Gute Schulen, exzellente Verkehrsanbindung, viele Arbeitsplätze in der Stadt und im Umland, wenig Kriminalität, schöne Altstadtatmosphäre ... Ettlingen halt! Deshalb beantragen wir, Maßnahmen, die die Ettlinger viel Geld kosten, ihnen selbst aber nicht viel nutzen zu streichen, bzw. zu kürzen. Unser Antrag lautet: Die Ausgaben für Stadtmarketing und Öffentlichkeitsarbeit werden von 150.000 € auf 75.000 € gekürzt.

Die Mittel die durch unsere Kürzungen bei Stadtmarketing etc. eingespart werden, wollen wir für Kinder und Jugendliche ausgeben.

Deshalb hatten wir als **einzige** Fraktion schon letzte Woche beantragt, dass die Eltern der Schüler in Anne-Frank-Realschule, im AMG und im Eichendorff durch die Stadt unterstützt werden, indem 1 Eurokräfte angestellt werden und die Stadt die Verantwortung für den Mensabetrieb übernimmt. Diese Anträge wurden abgelehnt. Mittlerweile haben sich neue Entwicklungen ergeben. Auch andere Fraktionen scheinen nun doch bereit zu sein, Geld in die Hand zu nehmen, die Eltern aus der Pflicht zu entlassen und eine Kooperation mit der HWK zu installieren. Wir freuen uns also sehr, dass unser Antrag Anlass war für die anderen Fraktionen noch einmal über alles nachzudenken und bedanken uns bei den Eltern, dass sie die gute Idee mit den HWK hatten und bislang so viel Zeit und Mühe investiert haben. Unser Antrag wurde mittlerweile, angepasst an die neuen Entwicklungen, von der CDU und der SPD eingebracht, und wir werden gerne für ihn stimmen.

Ebenfalls Mehrausgaben ist uns der Schülerhort in der Pestalozzischule wert. Auch hier wurde unser Antrag letzte Woche abgelehnt. Die Verlegung des Hortes an die Schule und die Übernahme der Trägerschaft durch die Stadt spart pro Kind 4.000 Euro pro Jahr, zumindest rechnet uns das Herr Hauns immer vor. Die Eltern sind alles andere als begeistert von der Verlegung. Dennoch stimmen sie nach zähen Verhandlungen und mit der Einsicht, dass Sparen Opfer erfordert, der Verlegung zu. Alles was sie sich wünschen, ist, dass von dem Geld, das die Stadt nun jährlich spart im ersten Jahr auch etwas an die Hortkinder zurückfließt. Sie wünschen sich, dass der ehemalige Schulraum baulich an die neue Nutzung angepasst wird. Dazu wollen Sie einen kleinen Durchbruch um Zugang nach draußen in den Hof zu schaffen. Die Kosten dafür können wir nur schätzen, aber wir meinen, dass hier Handlungsbedarf besteht und dass mit vergleichsweise geringen Mitteln viel für eine qualitativ bessere Betreuung der Hortkinder getan werden kann. Deshalb beantragen wir: Der Schulraum in der Pestalozzischule wird auch baulich (Öffnung nach draußen) an die zukünftige Nutzung als Hortgruppenraum angepasst. Dafür werden Mittel in Höhe von 25.000 € im Haushalt eingestellt.

Auch in Spessart gibt es Probleme. Auch dort sehen die Eltern nicht ein, „warum Geld für blaue Streifen da ist, aber bei Kindergärten auf 15.000 € geschaut wird“. Sicher, rein rechnerisch ginge es auch anders. Aber Kinder sind nun mal keine Pakete, die man nach

mathematischen Formeln auf dem kleinstmöglichen Raum unterbringt. Zur Not ginge es auch anders, aber so eine Notsituation haben wir offenbar noch nicht, solange an anderer Stelle für freiwillige Leistung doch noch sehr viel Geld übrig ist. Deshalb beantragen wir: Die Kleingruppe im St. Antonius Kindergarten Spessart bleibt noch für das nächste Kindergarten Jahr erhalten und wird erst 2006 geschlossen.

2 Millionen Euro – wie könnte man die einsparen? Sicher nicht, indem man die Anträge, die auf Kostenreduzierung lauten, dann doch zurückzieht und nur die Anträge, die Mehrausgaben mit sich bringen, bewilligt. Auch nicht, in dem man Gebühren erhöht. Hier allerdings muss ich auch den Gemeinderat in Schutz nehmen. Es ist wirklich etwas viel verlangt, dass wir nun einen Sparhaushalt entwerfen sollen, während die Verwaltung sich mit Einsparungsvorschlägen vornehm zurückhält. Sie hat nach eigenen Angaben beim Büromaterial bis an die Schmerzgrenze gespart, anscheinend fehlen gar schon die Tintenpatronen um die Bilder der Verkehrssünder oder Bausünder auszudrucken – doch das wird uns kaum ein Einsparvolumen von 2 Millionen Euro bringen. Wegweisende Entscheidungen wurden nicht eingebracht. Ganz klar will die Verwaltung, vor allem in Person von Frau Büsselmeier, mehr Geld für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit, Messebeteiligungen, Verhübschungen und Events ausgeben. Aber wo wir weniger Geld ausgeben sollen und können wird nicht deutlich gesagt.

Gerade weil so viele Fragen offen sind und auch im Gemeinderat erst der Konsens gesucht werden muss, brauchen wir Klausurtage des Gemeinderates mit der Verwaltung. Wir hoffen, dass auch ohne weitere Mittel solche Klausurtage durchgeführt werden – günstig, hier in der Stadt und geprägt von einer guten Arbeitsatmosphäre, die uns vielleicht dazu bringt, den nächsten Haushalt schon mit umwälzenden Veränderungen auf den Weg zu bringen.

Im Wahlkampf, hatten wir Besuch von Herrn Spahl, einem Bürgermeister aus Bayern, der durch seine Sparerfolge berühmt wurde und dessen Gemeinde heute völlig schuldenfrei dasteht. Rückblickend auf den Beginn seiner Entschuldungspolitik formulierte er: „Irgendwann mussten wir einfach die Bremse reinhauen!“ Auch in Ettligen wird es nur so gehen. Sparen kann man nicht durch mehr ausgeben. Wir hoffen, dass diese Einsicht im Laufe des Jahres bei allen reift und dass die konstruktiven Sparideen dann nur so sprudeln. So wie der Haushalt dieses Jahr vorbereitet und verabschiedet wurde, können wir ihm nicht zustimmen.

Stadtrat Künzel:

Sehr geehrter Frau Oberbürgermeisterin, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wehrte Mitarbeiter der Verwaltung,

„*Same procedure is every year*“ heißt es bei Dinner for One.

Nun, auch das Verabschieden bzw. Festzurren des Haushaltes ist ein stetig wiederkehrender Akt. Nur mit dem feinen Unterschied, dass er inhaltlich einer gewissen Dynamik unterliegt. Das Spannende an der Beratung oder der Verabschiedung wäre doch tatsächlich gewesen, wenn was anderes heraus gekommen wäre wie in den früheren Jahren. Aber in diesem Punkt bleiben wir unserer Tradition offensichtlich treu.

Als Debütant in dem Metier der offiziellen Haushaltsinterpreten möchte ich meinen Respekt gegenüber meinem Vorgänger, Herr Dr. Böhne, Ausdruck verleihen, der über Jahre hinweg den liberalen Gedanken in diesem ehrenwerten Haus formulierte – Dankeschön. Es hat mir nicht allzu viel Mühe bereitet die Reden aus früheren Haushaltsverabschiedungen noch mal Revue passieren zu lassen. Auffällig dabei – es zieht sich wie ein roter Faden durch die Jahre – die Kernaussage „Wir leisten uns zuviel Staat (Stadt)“.

Ein Beispiel-Auszug aus der Rede 2002: „...natürlich müssen einem Wirtschaftsprüfer die Haare zu Berge stehen angesichts der Kostendeckungsgrade einzelner Einrichtungen, aber sie sind von großer Bedeutung für den Lebenswert unserer Stadt“.

Mit Einbringung des Haushaltsentwurfs für 2005 von unserer Oberbürgermeisterin kam der Satz: „... auch wir in Ettlingen leben über unsere Verhältnisse“.

Und das, meine Damen und Herren,
war auch in den Reden seit 2000 allgemeiner Tenor.
Ich schließe daraus: Es muss was dran sein!

Bislang hatten uns eben die nicht ständig wiederkehrenden Umstände, wie zum Beispiel die Gewerbesteuernachzahlung aus früheren Jahren, vor dem kameralistischen SUPERGAU bewahrt. Dank unseres umsichtigen Stadtkämmerers, Herrn Becker, mit seinen wohlweiblich zurückhaltenden Haushaltsprognosen, um nicht zu sagen vorsichtig pessimistischen, konnte der Jahresrechnungsabschluss meist besser bewertet werden als befürchtet. Auch ihm gelten unser Dank und das Vertrauen zugesprochen.

Und dennoch wird, meine sehr geehrte Damen und Herren, unschwer deutlich, dass das Eis, auf dem wir uns befinden, immer dünner wird. (siehe Rücklagenentnahme, Neuverschuldung, negative Zuführungsrate). Was ich damit sagen will, ist, seit Jahren wissen wir um die Misere, sind auch besorgt und können schlecht schlafen, aber so richtig ran an die zwingende Veränderung wollen wir auch nicht. So auch das Ergebnis unserer jüngsten Beratungen.

Verständlich, denn wer will schon notwendige Maßnahme entscheiden, die der Wähler nicht belohnt. Nur muss man eines bedenken – der Wähler hat uns auch einen klaren Auftrag gegeben, den es zu erfüllen gilt. Das wir im Verwaltungshaushalt, und das ist der Haushalt den jeden Betriebswirt aufhorchen lässt, noch mal ein ½-Milliönchen draufsatteln hat schon Stil.

Wir stehen bereits am Rand des finanziellen Absturzes. Und da nützt es auch nichts, wenn man sich windet und tönt: „Andere Kommunen sind aber schon einen Schritt weiter“. Das wäre die falsche Richtung gewesen – leider.

(EINNAHMEN/AUSGABEN)

Zu Recht hatte Herr Stemmer in seiner letztjährigen Haushaltsrede bereits auf die „veränderten Rahmenbedingungen“ hingewiesen. Und diese fortgeschrittenen Veränderungen treffen uns in diesem Jahr umso härter. So führte uns Frau Oberbürgermeisterin schon bei der Einbringung des Haushaltsentwurfes folgende Fakten vor: Höhere Kreisumlage, Umlage Finanzausgleich, Rückgang beim Einkommensteueranteil, Minderung der Landes- und Bundeszuschüsse, Steigerung der Personalkosten durch Tarifentwicklung und Zusatzversorgung, etc.

Daran können wir nicht viel ändern und weiter brauche ich auf das Zahlenmaterial nicht einzugehen. Das haben ja meine Vorredner schon ausreichend differenziert getan. Für uns, und damit meine ich den Stadtverband der FDP und unsere Stadtratgruppe, lassen sich 2 Alternativen aufzeigen:

1.

Die Einnahmenseite der freiwilligen Leistungen, wie z.B. Stadtbibliothek, Volkshochschule, Musikschule, etc. müssen neu überdacht werden.

Als Beispiel:

Schaut man sich das Zahlenwerk der Stadtbibliothek an, stellt man leicht fest, dass gerade mal 10% der anfallenden Personalkosten durch die Einnahmen gedeckt werden. Wie soll so was funktionieren? Hier werden fast ½ Mio. € bezuschusst. Wir wollen die Bibliothek nicht schließen, aber wir müssen sie auf andere Beine stellen. Mit unserer Musikschule subventionieren wir den Bedarf unserer Nachbargemeinden. Auch hier ist ein anderes Modell erforderlich. Wir müssen die Gemeinden, die an unserer Einrichtung partizipieren stärker mit ins Unkosten-Boot nehmen.

Oder 2.

Die Ausgaben müssen auf das reduziert werden, was der Verwaltungshaushalt ohne negative Zuführungsrate hergibt. Dies bedeutet eine radikale Beschränkung auf die Pflichtaufgaben einer Kommune.

Wir favorisieren die Variante 1.

Noch ergänzend zur Gebührenerhöhung um 3% bei der Musik- und Volkshochschule. Der Vorschlag fand im Ausschuss allgemeine Zustimmung und ist ausgesprochen moderat ausgefallen. Er spiegelt im Übrigen lediglich die Lohnkostensteigerung beim Personal wieder.

Nun zu einigen städtischen Einrichtungen.

(BAUHOF)

Unser Bauhof verteilt seine Kosten auf die übrigen Verwaltungszweige. Auffällig ist dabei, dass der Verrechnungsansatz auf der Einnahmenseite gerade mal die Personalkosten deckt. Der komplette Fuhrpark, Material, Nebenkosten etc. wird vorgehalten. Auch hier sind dringend neue Strukturen erforderlich.

(HALLEN)

Wenn wir zum Beispiel bei der Entenseehalle einen Deckungsgrad von gerade mal 4,9% erwirtschaften, dann muss die Frage erlaubt sein ob das Hallenmanagement versagt hat oder es nicht sinnvoller wäre, die Halle einem Bürgerverein oder einer ARGE zu übertragen.

Wieso schafft die Festhalle in Schluttenbach einen Deckungsgrad von lediglich 9,5%, wenn gleichwohl die Waldsaumhalle in Oberweier 83% erreicht? Unsere großen und repräsentativsten Hallen in der Kernstadt könnten gleichermaßen auch für Regionalkonferenzen, Kongresse und Lokalmessen dienen.

Meine Damen und Herren,
der Ruf nach Stadtmarketing und Management wird lauter!

(ALBGAUSTADION)

Wir hatten uns dafür stark gemacht in unserem Stadion, das immerhin zu den größten im Land zählt, eine Beleuchtung zu installieren. Sicherlich war der angesetzte Betrag überzogen und mit dem jetzigen Haushalt nicht zu vereinbaren. Dennoch sind wir der Auffassung, dass dieses Kleinod auch einer ganzjährigen Nutzung zugeführt werden soll. Allein schon aus ökonomisch-ökologischen Gründen. Lediglich für 6 Monate im Jahr kann hier eine Spielzeit für eine Vielzahl von Sportarten betrieben werden. Von Großveranstaltungen, wie das avisierte ATP-Turnier oder sonstiger Art, ganz abgesehen. Auch das fällt unter die Rubrik Kapitalvernichtung.

(IMMOBILIEN)

Ein Vielzahl stadt-eigener Immobilien, die vermietet oder verpachtet sind, bedürfen einem nicht unerheblichen jährlichen Zuschuss aus dem Verwaltungsetat. Das wirft doch die Frage auf warum man sich nicht von diesem Ballast trennt. Die FDP beantragte hierzu in den Beratungen die Immobilien auf Vertragssituation zu prüfen und gegebenenfalls zu veräußern.

Wenn wir uns nicht wagen, an diesen Stellen grundsätzliche Veränderungen vorzunehmen, ist unseres Erachtens die Forderung nach einem konsolidierten Haushaltes für die nächsten Jahre aussichtslos.

Auftrag und Ziel der Verwaltung muss es sein einen Mindestdeckungsgrad von 70% bei den freiwilligen Leistungen zu erreichen. Bleiben Bestrebungen sich dem zu nähern tendenziell aus, muss die jeweilige Einrichtung als ganzes in Frage gestellt werden.

(VERWALTUNG STADTTEILE)

Liebe Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, die Gemeindegebietsreform ist nunmehr seit über dreißig Jahren abgeschlossen. Gewachsene Verwaltungsstrukturen ähneln eher einem Relikt aus der damaligen Zeit als dem realen Anforderungsprofil einer am Bürger orientierten Verwaltung. Wir leisten uns in großzügiger Weise (summiert über ½ Mio. €) Miniverwaltungen, die, wenn es darauf ankommt Bürgernähe zu zeigen, meistens geschlossen haben. Flexiblere Öffnungszeiten in der Kernstadt und ein mobiler Bürgerservice der Stadt wäre nur ein Beispiel, um wirklich den Bürger das zu geben was er von seiner Verwaltung erwartet – nämlich Dienstleistung.

(SCHULE UND BILDUNG)

Das Niveau und Angebot unserer schulischen Einrichtungen sucht seines gleichen. Ettlingen, war und ist ein bedeutender Standort in der Region mit einem großen Einzugsgebiet. Neue Lern- und Lehrmittel, moderne Medientechnik in den Schulklassen, Ganztagesbetreuung und räumliche Bedarfanpassung sind nur einige Beispiele für solide Zukunftsplanung. Wir haben gesellschaftlich nur dieses Kapital. Daran darf nicht gespart werden. Es wäre Kapitalvernichtung. Die eingestellten Haushaltsmittel werden von uns in vollem Umfang mit getragen.

(KINDER UND JUGENDBETREUUNG)

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, wir stimmen überein für unsere kleinsten ein ausreichendes Betreuungsangebot zu bieten. Sei es durch den Tageselternverein, die Kindergärten mit Hortplatz oder privaten Einrichtungen. Es ist ein gesellschaftlicher Auftrag, den es zu erfüllen gilt. Wir sollten nur darauf achten, dass mit gleichem Maß gemessen wird und keine unverhältnismäßige Bevorzugung entsteht. Wie Sie wissen stehen wir der Schließung von Kindergartengruppen ausgesprochen kritisch gegenüber, hier fehlt offensichtlich der Dialog mit den Betroffenen.

Bei der Einrichtung des Jugendhauses Specht machen wir uns echt Sorgen. Sollte es tatsächlich so sein, dass bei einem Kapitalzuschuss von rund 200 T€ lediglich 12 bis 15 Jugendliche betreut werden bzw. das Angebot nutzen? Wir sehen die Dringlichkeit beim Freizeitangebot für Jugendliche (wohlgemerkt außerhalb der Vereine, denn die machen ehrenamtlich sowieso schon viel) offener Jugendtreffs die dezentral angeordnet sind. So haben Jugendliche aus den Höhenstadtteilen kaum Gelegenheit oder die Möglichkeit sich nachmittags gesittet irgendwo zu treffen.

Das gleiche gilt übrigens auch für den Stadtteil Ettlingen-West oder den rege frequentierten Horbachpark. Die Probleme dort müssten ja bekannt sein. Wir wollen nicht mehr Stadt wie nötig aber ein bisschen mehr Verantwortung täte gut. Und wir sind uns sicher, dass sich irgendwo und irgendwann auch eine adäquate Immobilie findet, die wir mit Blick auf unsere Städtepartnerschaften auch als Jugendhaus nutzen können.

(FEUERWEHR)

Nun hat sich der Gemeinderat dazu durchgerungen, ein Gesamtkonzept abzuwarten und erst dann über die Zukunft zu diskutieren. Wieder geht Zeit ins Land. Die Realisierung des schon vor Jahren avisierten Neubaus nochmals kritisch zu hinterfragen ist legitim, und die Überlegung nach grundsätzlichen Raumnutzungen, so wie von mir angeregt, ebenso. Wir haben mit dem neuen Leiter der Feuerwache einen kompetenten Mann der sich um die Zukunft seiner Institution Gedanken macht. Daher sollte man sensibel mit Anregungen und Vorschlägen, so zum Beispiel den Besuch von Standortlösungen anderer Kommunen, umgehen. Jedenfalls, am Sonnensaal festzuhalten, unter Betrachtung aller Umstände, ist für uns das falsche Signal. Wir möchten das Thema eben nicht auf die lange Bank schieben.

(STADTMARKETING)

Viel zitiert und oft wiederholt: „ Die Stärken unserer Stadt müssen herausgestellt werden“.
Richtig, in fast jeder Haushaltsrede wurde darauf hingewiesen.

Hatte Kollege Stemmer in seiner letzten Haushaltsrede noch gemeint: „... unsere Stärke sind gute inhabergeführte Fachgeschäfte, gute Gastronomie, die kurzen Wege und eine große Zahl unter- und oberirdischer Parkplätze“, zeigt uns die Gegenwart doch einen ausgesprochen bedenklichen Trend.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen,
ich glaube nicht, dass es viel Sinn macht, die Dinge schöner zu reden als sie sind.

Unsere Bürgermeisterin zeigte in ihrer Rede im Dezember eine weitergehende Qualität unserer Stärken auf, denen wir einen „Brand“ geben sollten und die wir als Marke positionieren müssen. Wir müssen Ettlingen ein Image geben!

Ettlingen hat eine einmalige geographische und klimatische Lage, verfügt über eine hervorragende Infrastruktur, optimale Anbindung ans Fernstraßennetz, ein aktives Vereinleben als

Grundlage eines funktionierenden gesellschaftlichen Zusammenseins, historisch gewachsene Innenstadt, kulturelles Leben mit anspruchsvollen Angeboten, rühmt sich sportlicher Beachtung, und und und... Sie sehen mir nach, wenn ich jetzt nicht alles aufzähle aber sie wissen sicherlich, was ich damit meine. Um diese Qualitäten einer breiten Öffentlichkeit, über die Stadtgrenzen hinaus, zu präsentieren, bedarf es andere Wege zu gehen wie bisher. Die, die wir gerne in unserer Stadt hätten, Investoren, Touristen, Gewerbetreibende, Einzelhändler, Gastronomie Gäste, Kongressveranstalter, etc. kommen eben nicht per Zufall von alleine. Wir müssen unsere „Kunden“ dort abholen wo sie stehen! Wir haben, und das ist unsere Chance, gegenüber früheren Jahren eine Oberbürgermeisterin gewonnen, die genau dies erkannt hat und offensiv nach außen tragen will und wird. Und Sie hat dafür auch Haushaltsmittel eingestellt, weiter so!

Nun wird der eine oder die andere auch verstehen, was Dr. Vetter und die Ob´in damit meinen, wenn Sie von „Stadtsanierung in den Köpfen“ reden. Es ist alles nur eine Frage der Kommunikation.

Fassen wir zusammen:

Es gibt viel zu tun, und die Probleme werden täglich größer!

Der Verwaltungsausschuss hat eine Vielzahl von Anträgen und Überlegungen in die so genannte Strukturkommission verwiesen. Nun wissen wir aus Erfahrung, dass die zumindest im letzten Jahr nur einmal tagte. Allein die Anzahl der verwiesenen Anträge lässt die Kommission zu einem Monster mutieren. Vielleicht würde externer Rat uns helfen. Oftmals sehen unbelastete Außenstehende die Dinge wertneutral. Der Vorstoß unserer Oberbürgermeisterin hier Mittel einzustellen geht schon in die richtige Richtung. Nur mit dem gebilligten Haushaltsansatz in der Beratung lässt sich maximal ein Team von BWL-Studenten bezahlen. Der erste Schritt wäre aber getan.

Obwohl wir es öffentlich in Erwägung zogen noch mal einen Antrag einzubringen, die Verwaltungsausgaben um 8% zu senken, sind wir übereingekommen, dass 3% in diesem Jahr und, quasi prophylaktisch, für das nächste Jahr mindestens 5% drin liegen müssen. Wir danken allen Beteiligten am Mitwirken zu dem Haushalt. Besondere Dank natürlich unserem Stadtkämmerer Herr Becker und seinem Team.

Liebe Ettlinger Bürger und Anwesende hier im Saal,
ich möchte nun im Abschluss meines Beitrages ihnen anhand einer kleinen Exkursion bzw. eines Szenarios den Sachstand illustrieren:

Wir befinden uns auf hoher See,
Unser Kreuzfahrtschiff „Ettlingen“ schippert im ruhigen Wasser des Atlantiks „der Kameralistik“. Unser Boot hat ein paar Besonderheiten: Es kann weder Rückwärtsfahren noch aufstoppen oder anhalten.

Das Bermudadreieck „Flowtex“ haben wir, so scheint es glücklich und längst passiert. Wir nähern uns auf der Passage Richtung Pazifik „der Doppik“ dem allen bekannten Kap Hoorn. (Sorry, durch den Panamakanal wären wir nicht gekommen wir sind zu dick). Den erste Eisberg (Schlossfestspiele) haben wir zwar zart geschrammt bzw. leicht touchiert – aber noch ist nix passiert - Glück gehabt! Ein schweres Tief (Einkommensteueranteil, Hartz IV) aus dem Osten von Berlin zieht auf – warm anziehen, heißt es von der Brücke! Glaubten wir noch Rückenwind (Gemeindefinanzreform) aus südlicher Richtung von Stuttgart zu bekommen, schallt der Stadtkämmerer auch schon aus dem Maschinenraum „Ich brauch´ mehr Kohle, sonst geht mir die Maschine aus“. Unser Begleitschiff „SWE“ sucht bereits nach „Treibstoff“ und fährt selbst schon auf Reserve. Kaum 50 Seemeilen weiter meldet sich der besorgte Offizier Determann ebenfalls: „Die Passagiere werden unruhig, sie sind hungrig und wollen mehr aus der Kultur- und Sportkombüse“. Von Norden über die Ausläufer der Landkreis Anden rollt ein schwerer Sturm (Keisumlage) daher und peitscht die See auf. Es wird unruhig an Bord! Unser Navigator Müller schaut auf seine „Seekarten“ und fragt sich ob die noch aktuell sind? Und, sind da wirklich alle Untiefen eingetragen? Hastig kommt unser Sicherheitsingenieur Metzen angerannt und verkündet“ leichter Wassereinbruch an der 3. Schleusenkammer (Pflastersanierung) – Reparatur erfolgt, Gefahr gebannt“! Die Sozialbrücke von Offizier Hauns meldet sich vorsichtshalber noch mal: „Außer seekranke Passagiere keine Beschwerden. Die Crew hält zusammen“. Unsere Admiralität wirkt ruhig und gelassen und spricht zur Mannschaft: „Wir bekommen einen neuen 1. Offizier an Bord. Man sagt er wäre erfahren und kennt die Gewässer, aber Kameraden, in diesen Breiten tauchen gelegentlich Tsunamis oder eine Monsterwelle (kleiner Exer) auf. Seid daher wachsam und umsichtig. Wir stehen das als Team durch“.

Im Sinne uns allen, Passagiere, Mannschaft und Begleitpersonal wünschen wir unserer Kapitänin eine ruhige Hand am Ruder und keine hektische Manöver.

- - -

Oberbürgermeisterin Büssemaker verweist auf die nunmehr zu entscheidenden Anträge.

Stadtrat Foss sieht zum Teil noch Beratungsbedarf. Man solle daher sehen, welche Anträge man heute entscheiden könne und diese vorziehen.

Stadtrat Rebmann beantragt zehn Minuten Pause nach Vortrag aller Anträge.

Dieser Antrag wird mit 27:11 Stimmen abgelehnt.

Nach kurzer Diskussion einigt sich der Gemeinderat auf folgendes Verfahren: Vortrag der einzelnen Anträge durch die Oberbürgermeisterin mit Information über die Meinung der Verwaltung und die Beschlüsse während der Vorberatung im Verwaltungsausschuss, unter Frage noch den Beratungsbedarf. Im Folgenden wird so vorgegangen, weshalb nur noch die Diskussionsbeiträge und das Abstimmungsergebnis festgehalten werden.

Antrag Nr. 1 der Freien Wähler – Offensives Anbieten der Teilzeitarbeit

Oberbürgermeisterin Büssemaker merkt an, dass dies ja schon angegangen wurde, z. B. bei der Altersteilzeit.

Stadträtin Saebel versteht den Sinn des Antrags nicht.

Stadtrat Fey sieht keine Haushaltsrelevanz. Es handle sich nur um eine Anregung.

Der Antrag wird mit 35:2 Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.

Antrag Nr. 2 der Freien Wähler – Einstellungsstopp bis 2007 für Angestellte und Beamte, ausgenommen Azubis. Arbeiter und andere Bereiche, für die besondere Fähigkeiten verlangt werden

Der Antrag wird mit 32:2 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, abgelehnt.

Antrag Nr. 12 der Freien Wähler – Klausurtagung für Verwaltung und Gemeinderat, Haushaltsstelle 1.0000.5810000

Stadtrat Worms schlägt eine Verweisung an den Ältestenrat vor.

Dem Antrag der Freien Wähler wird einstimmig, bei 5 Enthaltungen, zugestimmt.

Antrag Nr. 3 der Freien Wähler – Kürzungen der monatlichen Aufwandsentschädigung für Gemeinderäte um ca. 18 %, Haushaltsstelle 1.0000.400000

Der Antrag wird mit 30:6 Stimmen, bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag der SPD-Fraktion auf Kürzung der Aufwandsentschädigung für Gemeinderäte, Ortschaftsräte und Ortsvorsteher um 10 %

Der Antrag wird mit 20:15 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, abgelehnt.

Antrag Nr. 6 der Freien Wähler – Kürzung des Ansatzes Städtepartnerschaften um 40.000,- €, Haushaltsstelle 1.0000.582000

Der Antrag wird mit 35:2 Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.

Antrag Nr. 4 der Freien Wähler – Streichung der Fraktionsgelder, Haushaltsstelle 1.0000.700000

Der Antrag wird mit 34:2 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt.

Anträge der Fraktionen CDU und SPD – Übernahme des Mensabetriebs an den Schulstandorten durch die Stadt, Prüfauftrag, ob die HWK die Reinigung übernehmen und ihr dafür Essenserlös zufließen kann

Oberbürgermeisterin Büsselmaker sichert Aufnahme des Prüfantrags zu.

Stadträtin Kölper fragt nach der Höhe der Folgekosten.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker entgegnet, dass diese noch nicht ermittelt worden seien. Es handle sich zudem um eine absolut freiwillige Aufgabe.

Stadtrat Fey merkt an, dass eigentlich nur die Kosten für die Ausfallbürgschaft haushaltsrelevant seien.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker stellt fest, dass der CDU-Antrag aber anderes beinhaltet.

Für Stadträtin Anger muss gewährleistet sein, dass die Eltern aus der Bürgerschaft heraus kämen. Sie ändert daher den Antrag wie folgt ab: Die Stadt übernimmt die Ausfallbürgschaften von jeweils 1.000,- €.

Diesem geänderten Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Antrag der Fraktionen CDU und SPD – Finanzierung des stadtgeschichtlichen Bandes I a – Frühgeschichte und römische Epoche, wie der Ansatz bei Haushaltsstelle 1.3210.580100 auf 20.000,- € erhöht.

Stadtrat Rebmann meldet Beratungsbedarf an.

Die Entscheidung über den Antrag wird verschoben.

Dem Antrag wird mit 35:2 Stimmen, bei 1 Enthaltung, zugestimmt.

Antrag der CDU-Fraktion – Erhöhung des Ansatzes für den Leistungssport, Haushaltsstelle 1.5500.700100, auf 30.000,- €

Stadtrat Rebmann meldet Beratungsbedarf an.

Die Entscheidung über den Antrag wird verschoben.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Freien Wähler – Streichung der für die Teilnahme an der Messe Exop real veranschlagten Mittel von 30.000,- €, Haushaltsstelle 1.7920.622000

Oberbürgermeisterin Büsse-maker merkt an, dass man sich im Verwaltungsausschuss auf eine Teilnahme verständigt habe. Die Kooperationspartner müssten sich auf die danach eingegangene Zusage verlassen können.

Stadträtin Lumpp wirft ein, dass der Verwaltungsausschuss nur vorberatend tätig sei. Entscheiden werde der Gemeinderat.

Der Antrag wird mit 21:14 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, abgelehnt.

Antrag Nr. 9 der Freien Wähler – Kürzungen des Ansatzes bei den Haushaltsstellen 1.79.20.581000/620000 (Öffentlichkeitsarbeit/Stadtmarketing) um 75.000,- €

Der Antrag wird mit 30:2 Stimmen, bei 6 Enthaltungen, abgelehnt.

Prüfantrag der CDU-Fraktion – Kinderbetreuung in der Innenstadt am Samstag während der Einkaufszeiten

Oberbürgermeisterin Büsse-maker sagt Prüfung zu.

Prüfantrag der CDU-Fraktion – architektonische Aufwertung des Schlosses (Eingang, Foyer, Treppenhaus, einzelne Versammlungsräume) im Rahmen eines Gesamtkonzeptes und Einstellung einer VE von 100.000,- €

Dem Prüfantrag wird mit 30:7 Stimmen, bei 1 Enthaltung, zugestimmt. Die Einstellung der VE wird mit 18:15 Stimmen, bei 5 Enthaltungen, abgelehnt.

Antrag Nr. 10 der Freien Wähler – Etaterhöhung um 25.000,- € bei Haushaltsstelle 2.4641.940000, Hort an der Pestalozzischule

Oberbürgermeisterin Büssemaker führt aus, dass man diese Sache bis zur Entscheidung über die zu bildenden Haushaltsreste vertagen könne.

Stadträtin Lumpp ist damit einverstanden.

Stadtrat Stemmer möchte dazu eine Planung sehen.

Bürgermeister Raab teilt mit, dass derzeit eine bautechnische Prüfung laufe. Sobald Planung und Kosten bekannt seien, könne eine Vorlage ins Gremium.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Installierung von Sport- und Spielgeräten für größere Kinder im Horbachpark, Haushaltsstelle 2.5800.935100, Einstellung von 20.000,- €

Dem Antrag wird mit 21:8 Stimmen, bei 9 Enthaltungen, zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Büssemaker teilt noch mit, dass im Eichendorff-Gymnasium 70.000,- € noch nicht ausgegeben worden seien, weil die Dachsanierung beim Pavillon noch nicht erforderlich gewesen sei. Zudem fehlten Planungsaufträge durch die Schule. Sie werde das Geld als Haushaltsrest vorschlagen.

Stadtrat Foss vermisst Aktivitäten bezüglich des Schulhofes und des naturwissenschaftlichen Bereichs.

Oberbürgermeisterin Büssemaker entgegnet, dass sie sich die Unterlagen hierzu angesehen und mit den betroffenen Lehrern gesprochen habe. Investive Baukosten stünden nicht für Lehrmittel zur Verfügung. ES sei aber nicht der Raum schlecht, sondern die Ausstattung. Da seien die Lehrer zusammen mit der Schulleitung gefordert, hierfür gebe es einen Etat.

Stadtoberamtsrat Metzen fügt an, dass mit der Konrektorin über die Schulhofsanierung gesprochen worden sei. Die Lehrerschaft habe erst Ende Dezember Vorschläge von der Stadt erhalten. Jetzt könne eine Planung erstellt werden.

Oberbürgermeisterin Büssemaker teilt mit, dass die neue Internetseite am 10.02.2005 frei geschaltet werde. Bezüglich der freiwilligen Aufgaben habe der Gemeinderat die Entscheidungsgrundlagen erhalten. Vorschläge müsse die Strukturkommission erarbeiten. Die habe nun eine Vielzahl von Aufgaben bekommen, die nur in Modulen abarbeitbar seien. Im Frühjahr werde eine Sitzung stattfinden. Auf die Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer könne man sich nicht auf Dauer verlassen. Sie fragt, ob der Antrag der FE auf Personalkürzung um 2 % pauschal auch für 2005 gelte.

Stadtrat Worms beantragt 1 % Reduzierung für 2005.

Diesem Antrag wird mit 20:10 Stimmen, bei 8 Enthaltungen, zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker sichert zu, dem Gemeinderat eine Liste aller Objekte mit Mieteinnahmen zukommen zu lassen. Die Stadt habe allerdings kein Instrument gegen Betriebsschließungen. Eine eigene Resolution der Stadt bezüglich der Belastung des Kommunen sei nicht nötig, da Städtetag und Kreistag dies schon erledigt hatten.

Stadtrat Worms sieht bezüglich der verschobenen Anträge nun doch keinen Beratungsbedarf mehr, weil ohnehin klar sei, wie es ausginge.

Antrag CDU/SPD auf Finanzierung des stadtgeschichtlichen Bandes I a: Zustimmung mit 21:14 Stimmen, bei 1 Enthaltung.

Antrag CDU/SPD auf Erhöhung des Ansatzes für den Leistungssport.

Stadträtin Kölper hält dies nicht für gerechtfertigt, wenn man alle Sportverein sieht. Wenn der Antrag durchginge, wolle sie einen expliziten Verwendungsnachweis sehen.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker sagt dies zu.

Stadtrat Fey meint, es müsse „Spitzensport“ heißen. Dieser diene als Werbeträger.

Stadtrat Schäfer findet, dass sich Spitzensport über Werbung tragen müsse, nicht über den städtischen Haushalt.

Dem Antrag wird mit 19:16 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker gibt nun die Zahlen bekannt, die sich aus den heutigen Beschlüssen ergeben haben.

Ohne weitere Aussprache wird mit 36:2 Stimmen oben genannter Beschluss gefasst.

gez.
Gabriela Büsse-maker
Oberbürgermeisterin

- - -

Ka/La

9. Februar 2005

1. Finanzverwaltung zur Kenntnis und mit der Bitte um weitere Veranlassung. Dem Hauptamt -Herrn Kassel- ist in Zusammenarbeit mit der Stadtbau GmbH eine Liste aller städtischen Objekte mit Mieteinnahmen zu übersenden.
2. Hauptamt -Organisation- zur Kenntnis und mit der Bitte um weitere Veranlassung bezüglich der Klausurtag.
3. Hauptamt -Schulverwaltung- zur Kenntnis und mit der Bitte, das Resultat der Prüfung Mensabetrieb/HWK an die Fraktionen zu übermitteln. Bitte vorher mit Amt für Jugend, Familie und Soziales und Stadtbauamt abstimmen.
4. Kultur- und Sportamt zur Kenntnis und mit der Bitte um Prüfung des Antrags Nr. 7 der Freien Wähler -Kopie anbei-. Das Ergebnis ist dem Hauptamt -Herrn Kassel- bis spätestens Juni 2005 zu übersenden.
5. Amt für Jugend, Familie und Soziales zur Kenntnis und mit der Bitte um Prüfung des Antrages „Kinderbetreuung an Samstagen“. Ergebnis an Hauptamt -Herrn Kassel-.

6. Stadtbauamt zur Kenntnis und mit der Bitte um Prüfung der architektonischen Aufwertung des Schlosses (Gesamtkonzept) und Übersendung des Ergebnisses bis Juni 2005 an Hauptamt -Herrn Kassel-. Ferner Prüfung „Hort Pestalozzischule“ sowie Erstellung einer Vorlage in Zusammenarbeit mit dem Amt für Jugend, Familie und Soziales.
7. Dezernat II, Planungsamt, Stadtbau GmbH, Amt für öffentliche Ordnung, Bauordnungsamt, Grundbuchamt, Rechnungsprüfungsamt und Stadtwerke GmbH zur Kenntnis.
8. Z. d. A. 902.410.000
Z. d. A. 052.030.000
Wv. 336.220.000/Ka
Wv. 462.000.000/Ka
Wv. 365.222.120/Ka
Wv. 460.700.001/Ka
Wv. 880.290.001/Ka
Wv. 880.290.000/Ka

Im Auftrag:

Kassel